©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Motive und Ziele der sowjetischen Deutschlandpolitik ließen sich über Jahrzehnte vor allem über das Handeln der sowjetischen – und ihnen nachfolgend: der ostdeutschen – Akteure erschließen. Wirklich aussagekräftige Schlüsseldokumente waren indes Mangelware. Diese Aufzeichnung führt nun ins Zentrum der sowjetischen Deutschlandpolitik; sie dokumentiert ein Treffen Stalins mit der SED-Führung zum Zeitpunkt der Formierungsphase der DDR.

Bernd Bonwetsch

Stalin und die Vorbereitung des 3. Parteitags der SED

Ein Treffen mit der SED-Führung am 4. Mai 1950

Die Führung der KPD hatte die Zeit der NS-Herrschaft in Deutschland größtenteils in Moskau bzw. in der Sowjetunion verbracht. Interessanterweise war dabei weder der Parteivorsitzende Wilhelm Pieck noch ein anderes Mitglied der engsten Führung je direkt mit Stalin zusammengetroffen. Auch die „Initiativgruppen", die unter Führung Walter Ulbrichts, Anton Ackermanns und Gustav Sobottkas Ende April 1945 in den von der Roten Armee besetzten Teil Deutschlands entsandt wurden, hatten zuvor nur mit Mitarbeitern des ZK-Apparats, insbesondere der Abteilung für internationale Information, und der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee Kontakt gehabt. Nach Kriegsende 1945 wurde dies anders, weil die KPD nun zu einem wichtigen Mittler sowjetischer Interessen in Deutschland geworden war. Neben zahlreichen Treffen mit führenden Vertretern der SMAD bzw. der SKK in Berlin kam es nach Ende des Krieges in Moskau zu einer ganzen Reihe hochrangiger Treffen: Dreimal konferierten mit Stalin und höchsten sowjetischen Funktionären ein oder mehrere Vertreter der KPD-Führung, insgesamt achtmal trafen Ulbricht bzw. die SED-Führung mit dem sowjetischem Diktator zusammen. Zu diesen „Gipfeltreffen" mit Stalin, an deren Rande auch Einzelgespräche mit hohen sowjetischen Funktionären geführt wurden, kommen noch zwei Treffen der SED-Führung mit Politbüromitgliedern unmittelbar vor Gründung der DDR; an ihnen nahm Stalin persönliche nicht teil[1]. Diese verschiedenen Treffen waren zweifellos die wichtigsten deutsch-sowjetischen Kontakte bis zum Tode Stalins.

Über diese Begegnungen liegen entweder keine geschlossenen, systematischen Dokumentationen vor, oder sie sind noch nicht aufgefunden worden, wie Wladi-

[1] Vgl. Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hrsg.), Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953, Berlin 1994, S. 293.
Der Zeitschrift „Istočnik" (Die Quelle), Moskau, und ihrem Chefredakteur Sergej Kudrjašov sei für die Möglichkeit gedankt, das nachstehend abgedruckte Dokument aus dem Präsidentenarchiv publizieren zu können. Die Dokumentation wird in gekürzter Form auch in „Istočnik" veröffentlicht.

Jahrgang 51 (2003), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mir K. Wolkow (Vladimir K. Volkov)[2], der Direktor des Instituts für Slavistik der Russischen Akademie der Wissenschaften, dargelegt hat. Er hatte schon 1999 im Präsidentenarchiv Einblick in den „persönlichen Bestand (Fonds) Stalins" mit den dort vorhandenen, als „streng geheim" klassifizierten Protokollaufzeichnungen zu sechs der insgesamt sieben Treffen zwischen Stalin und der SED-Führung 1947-1952 erhalten und inhaltliche Auszüge daraus veröffentlicht[3]. Inzwischen sind auch zwei vollständige Protokolle zu den Treffen Stalins mit der SED-Führung am 26. März und 18. Dezember 1948 publiziert worden[4]. Sie stammen alle von Wladimir Semjonow (Vladimir Semenov), dem Politischen Berater des Obersten Chefs der SMAD bzw. des Leiters der Sowjetischen Kontrollkommission. Er nahm an Politbürositzungen teil, auf denen zu Deutschlandfragen beraten wurde, und war auch bei den meisten der Begegnungen zwischen Stalin und der SED-Führung anwesend und hat dabei das Protokoll geführt, das er dann Stalins Sekretär Alexander N. Poskrjobyschew (Postkrebyšev) hinterließ[5]. Zur Vorbereitung der Treffen hat die Führung der SMAD bzw. der SKK in der Regel gemeinsam mit dem politischen Berater einen „politischen Brief" nach Moskau geschickt, in dem zu den Fragen, die zur Beratung anstanden, Stellung genommen wurde. Selbstverständlich gingen den Besuchen Unterredungen und Absprachen zwischen den sowjetischen Vertretern und der SED-Führung in Berlin voraus. Es ist allerdings keineswegs so, dass in Moskau nur noch abgesegnet wurde, was zuvor in Karlshorst vereinbart worden war. Formelle Entscheidungen wurden allein in Moskau getroffen[6].

Es gibt zumindest zu einigen der Treffen der SED-Führung sowohl mit Stalin als auch mit anderen Regierungs- und Parteifunktionären in Moskau weitere Aufzeichnungen und Unterlagen. Gennadi Bordjugow (Gennadij Bordjugov) und der Herausgeber haben die Dokumentation zweier Besuche, soweit sie im ehemaligen Zentralen Parteiarchiv der KPdSU, heute Russisches Staatsarchiv für Soziale und Politische Geschichte (Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii/RGASPI), bislang aufzufinden war, veröffentlicht[7]. Man kann zwar vermuten, dass es über diese Dokumente hinaus noch weitere Unterlagen

[2] Russische Namen und Begriffe werden im Text in der Duden-Umschrift wiedergegeben, bei erstmaliger Nennung wird die wissenschaftliche Transliteration in Klammern hinzugesetzt. In den Anmerkungen findet nur die wissenschaftliche Transliteration Verwendung.

[3] Vgl. Wladimir K. Wolkow, Die deutsche Frage aus Stalins Sicht (1947–1952), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 48 (2000), S. 20–49.

[4] Vgl. Za sovetami v Kreml'. Zapis' besedy I. V. Stalina s rukovoditeljami SEPG. Mart 1948 g., in: Istoričeskij archiv 2002, Nr. 2, S. 3–27 (eingeleitet von V. K. Volkov); „Nužno idti k socializmu ne prjamo, a zigzagami". Zapis' besedy I. V. Stalina s rukovoditeljami SEPG. Dekabr' 1948 g., in: Ebenda, Nr. 5, S. 3–26 (eingeleitet von A. D. Černev).

[5] Vgl. Wladimir S. Semjonow, Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939–1991, Berlin 1995, S. 231.

[6] Vgl. ebenda, S. 231 f.

[7] Vgl. Bernd Bonwetsch/Gennadij Bordjugov, Stalin und die SBZ. Ein Besuch der SED-Führung in Moskau vom 30. Januar–7. Februar 1947, in: VfZ 42 (1994), S. 279–303; dies., Die SED und die guten Erfahrungen der Sowjetunion: Pieck und Grotewohl informieren sich in Moskau, 25. 3.–1. 4. 1948, in: Deutsche Studien 31 (1994), S. 95–107.

Vf Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu den Treffen gibt, aber trotz intensiver Suche sind bislang keine gefunden worden.

Das ist insofern höchst bedauerlich, als auch zu den Vorbereitungen und Folgen der Treffen auf sowjetischer Seite ebenfalls noch keine Unterlagen entdeckt und zugänglich gemacht worden sind. Das gilt auch für die internen Gespräche, die unmittelbar vor dem Eintreffen oder nach der Verabschiedung der deutschen Vertreter bei Stalin geführt wurden. Es gibt lediglich ein Besucherbuch, in das die Namen der Personen, die Stalin empfangen hat, und der Zeitpunkt ihres Betretens und Verlassens seines Arbeitsraums eingetragen wurden. Über den Inhalt der Gespräche, die sie führten, weiß man definitiv bislang nichts, auch wenn etwa als ziemlich sicher angenommen werden muß, daß der sowjetische Botschafter in der DDR Wassili J. Puschkin (Puškin), der Vorsitzende der SKK Armeegeneral Georgij M. Tschuikow (Čujkov) und der Politische Berater der SKK Semjonow mit Wjatscheslaw M. Molotow (Molotov) und Georgij M. Malenkow (Malenkov) bei Stalin über Fragen gesprochen haben, die anschließend auch mit der SED-Führung erörtert wurden, wenn sie etwa am 7. April 1952 schon längere Zeit vor der SED-Delegation bei Stalin waren[8]. Dagegen ist etwa völlig offen, ob die Politbüromitglieder, die am 4. Mai 1950 noch einige Minuten länger bei Stalin blieben als die SED-Delegation und die beiden Sowjetvertreter, die sie begleitet hatten, über deutsche oder über andere Fragen gesprochen haben[9].

Von deutscher Seite liegen zu diesen Gesprächen leider ebenfalls keine systematischen Protokollaufzeichnungen vor. Das einzige, worüber wir verfügen, sind die Aufzeichnungen Wilhelm Piecks zu den Treffen, an denen er teilgenommen hat. Diese von Rolf Badstübner und Wilfried Loth veröffentlichten Aufzeichnungen sind zweifellos eine wichtige Quelle zu Daten, Teilnehmern, Themen und Ergebnissen der Treffen. Aber sie geben im wesentlichen nur vorbereitete Erklärungen seitens Piecks oder der SED-Delegation und – stichwortartig – die besprochenen Themen und einzelne Aussagen Stalins wieder und sind nicht entfernt als Protokolle anzusehen. Schon die Kürze der Aufzeichnungen über Unterredungen, die mehrere Stunden dauerten, macht das deutlich. Insofern ist die Dokumentation der Treffen zwischen KPD- bzw. SED-Führung und Stalin sowohl auf sowjetischer als auch auf deutscher Seite insgesamt äußerst spärlich.

Das entspricht durchaus der allgemeinen Praxis, die sich unter Stalin eingebürgert hatte. So wurden seit Mitte der dreißiger Jahre auch im Politbüro der KPdSU gewöhnlich nur noch Beschlussprotokolle geführt. Nur in Ausnahmefällen gab es noch Protokolle über den Gesprächsverlauf[10]. Auch die Teilnehmer von Besprechungen bei Stalin machten in der Regel keine Aufzeichnungen, wenn sie nicht dazu autorisiert worden waren[11]. Ganz wenige Funktionäre aus der Umgebung

[8] Vgl. Posetiteli kremlevskogo kabineta I. V. Stalina. Žurnaly (tetradi) zapisi lic, prinjatych pervym gensekom, in: Istoričeskij archiv 1997, Nr. 1, S. 26 f.
[9] Vgl. ebenda, S. 12.
[10] Vgl. Stalinskoe politbjuro v 30-e gody. Sbornik dokumentov, Moskau 1995, S. 10.
[11] Vgl. Semjonow, Von Stalin bis Gorbatschow, S. 285. Vgl. auch Wolkow, Die deutsche Frage, S. 22.

Jahrgang 51 (2003), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Stalins, wie etwa der Generalsekretär der Komintern Georgi Dimitrow (Dimitroff) oder Volkskommissar Wjatscheslaw Malyschew (Vjačeslav Malyšev), haben Tagebuch geführt und stellen damit ebenso wie Wilhelm Pieck mit seinen Notizen wirkliche Ausnahmen dar[12]. Allerdings hat Malyschew keine Äußerungen Stalins zur Deutschlandpolitik festgehalten, da er an solchen Gesprächen nicht teilgenommen hat, und auch Dimitrow referiert Stalin-Äußerungen im wesentlichen nur dann ausführlicher, wenn diese zur Ausarbeitung von Direktiven für die ausländischen kommunistischen Parteien gedacht waren. Ansonsten schien die Devise bei allen Beteiligten zu sein, möglichst keine Spuren zu hinterlassen.

Das Fehlen von Aufzeichnungen auf deutscher Seite für die Begegnungen bei Stalin und anderen hohen Sowjetfunktionären entspricht im übrigen auch der Praxis im Verkehr zwischen der SED-Führung und der Spitze der SMAD bzw. der SKK: Auf sowjetischer Seite wurden Protokolle angefertigt, auf deutscher Seite nicht[13]. Schließlich geben auch die Erinnerungen höherer sowjetischer Funktionäre, sofern sie überhaupt welche verfasst haben, nichts zur sowjetischen Deutschlandpolitik her. Selbst Wladimir Semjonow, der an vielen Beratungen auf höchster Ebene teilnahm und im Rahmen seiner Tätigkeit vieles erfuhr, gibt leider nicht allzu viel von seinem Wissen preis, obwohl er seine Erinnerungen erst zu einem Zeitpunkt verfasst hat, als dies ohne weiteres möglich gewesen wäre. Das gibt den Aufzeichnungen der Gespräche Stalins mit der SED-Führung um so mehr Quellenwert.

Was den Inhalt der Gesprächsaufzeichnungen vom 4. Mai 1950 betrifft, so ging es vor allem um die Vorbereitung des 3. Parteitags der SED. Er sollte vom 20. bis 23. Juli 1950 stattfinden. Als seine wichtigsten Themen standen der Fünfjahrplan, das neue Parteistatut bzw. die Umwandlung der SED in eine „Partei neuen Typs", d.h. ihre weitere Umwandlung nach dem Vorbild der KPdSU, und die Vorbereitung der Wahlen vom 15. Oktober 1950 zur Beratung und Entscheidung an. Die Delegation der SED-Führung, die vom 2.–6. Mai 1950 in Moskau weilte, bestand aus dem Dreigestirn Pieck, Otto Grotewohl und Ulbricht mit Fred Oelßner als Dolmetscher[14]. Die Delegation wurde am 4. Mai im Kreml von Stalin im Beisein der Politbüromitglieder Molotow, Malenkow, Berija, Mikojan und Bulganin und der SKK-Vertreter Tschuikow und Semjonow empfangen. Die Begegnung fand, wie bei Stalin üblich, spät abends statt und dauerte von 22.00 Uhr bis 1.15 Uhr nachts. Dazu gibt es im Stalin-Fonds in der Akte „DDR. Aufzeichnungen der

[12] Vgl. Georgi Dimitroff, Tagebücher 1933–1943, 2 Bände, Berlin 2000. Die bulgarische Ausgabe (Sofia 1997) enthält die Tagebuchaufzeichnungen bis ins Todesjahr Dimitrows 1949; V. Malyšev, „Proidet desjatok let, i èti vstreči ne vosstanovis' uže v pamjati." Dnevnik narkoma, in: Istočnik/Vestnik Prezidenta RF (1997), Nr. 5, S. 103-147.

[13] Vgl. die Einleitung von Elke Scherstjanoi in: Das SKK-Statut. Zur Geschichte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland 1949 bis 1953. Eine Dokumentation. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte zusammengestellt und eingeleitet von Elke Scherstjanoi, München 1998, S. 4 f.

[14] Pieck hielt sich bereits seit dem 16. 4. 1950 zur ärztlichen Behandlung bzw. einem Kuraufenthalt in Barvicha in der Nähe von Moskau auf und blieb auch nach der Abreise der SED-Delegation noch bis 23. Mai dort. Vgl. Badstübner/Loth (Hrsg.), Aufzeichnungen, S. 348, Anm. 1.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gespräche I.W. Stalins mit den Führern der DDR" eine von Wladimir Semjonow angefertigte „Aufzeichnung" in russischer Sprache, deren maschinenschriftliche Übertragung im Umfang von 38 Seiten als Vorlage zu der nachstehenden Übersetzung dient[15].

Bei der „Aufzeichnung" handelt es sich um eine Mischung von indirekter und direkter Rede, wobei letztere als solche nicht exakt kenntlich gemacht ist. Ebenso wenig ist deutlich, wieweit der Gang des Gesprächs wörtlich bzw. vollständig festgehalten ist. Die Übersetzung gibt diesen Stil um der Authentizität willen entsprechend wieder, obwohl er sprachlich, auch im Russischen, nicht korrekt ist. Nur bei zweifelsfrei erkennbarer wörtlicher Rede – in der Regel kurze Fragen Stalins, in der russischen Fassung durch Voranstellung von Komma und Gedankenstrich hervorgehoben – sind Anführungszeichen in eckige Klammern gesetzt. Die vorliegende maschinenschriftliche Abschrift ist an einigen wenigen Stellen handschriftlich korrigiert. Da sie von Semjonow als Verfasser – ohne Datumsvermerk – abgezeichnet ist, lässt sich vermuten, dass die Korrekturen, die auch keinerlei inhaltliche Veränderung bedeuten, von Semjonow selbst stammen. Auch die Schrift deutet darauf hin, aber das will nicht viel besagen, weil die handschriftlichen Korrekturen deutlich um Lesbarkeit bemüht sind.

Diese und andere in der Akte liegende Aufzeichnungen machen zum Korrektor keine Angaben. In der Regel hat der Dolmetscher – in diesem Falle Semjonow als Protokollant – während des Gesprächs Notizen gemacht und direkt im Anschluß an das jeweilige Treffen einen vollständigen Protokoll-Text verfasst – zum Teil in mehreren, korrigierten Varianten. Anschließend wurde dann im Falle umfangreicherer Korrekturen ein Reinschriftexemplar für Archivzwecke angefertigt, das nicht mehr vom Verfasser abgezeichnet, sondern nur noch mit einem Beglaubigungsvermerk versehen wurde. Bei besonders wichtigen Gesprächen korrigierten Stalin oder Molotow das Protokoll selbst, was bei der vorliegenden Aufzeichnung vermutlich nicht der Fall war. Bei besonders wichtigen Anlässen konnte es sogar vorkommen, dass aus diesen als „streng geheim" klassifizierten Protokollen Teile als „Streng geheim. Sondermappe" ausgesondert wurden.

Bei der vorliegenden „Aufzeichnung" Semjonows handelt es sich vermutlich um das von Semjonow korrigierte, als endgültiges oder Reinschriftexemplar archivierte Protokoll. Die einzige weitere Quelle mit Aussagen zum Treffen Stalins mit der SED-Führung vom 4. Mai 1950 sind Piecks „Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik". Sie enthalten Notizen zum äußeren Ablauf der Reise, Piecks vorbereitete Eröffnungsworte mit den deutscherseits gewünschten Gesprächsthemen und seinen ebenfalls stichwortartig vorbereiteten eigenen Redebeitrag[16]. Die „Aufzeichnungen" geben auch gesonderte „Bemerkungen Semjonows am 7.4. 1950" wieder[17]. Der Vergleich dieser „Bemerkungen" mit der vorliegenden Gesprächsaufzeichnung Semjonows legt jedoch den Schluss nahe, dass sie zumindest falsch datiert sind, denn sie geben größtenteils eindeutig Bemerkungen Sta-

[15] Archiv Prezidenta Rossijskoj Federacii, fond 45, opis' 1, delo 303, listy 109–146.
[16] Vgl. Badstübner/Loth, Aufzeichnungen, S. 343–348.
[17] Vgl. ebenda, S. 342 f.

Jahrgang 51 (2003), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lins während des Gesprächs vom 4. Mai wieder, wie sie Semjonow aufgezeichnet hat. Es erscheint darüber hinaus aber auch denkbar, dass die „Bemerkungen" irrtümlich Semjonow zugeschrieben worden sind und dass es sich um Notizen handelt, die Pieck selbst während des Treffens vom 4. Mai oder danach gemacht hat. Ohne Prüfung der Originalunterlagen lässt sich darüber aber nur spekulieren[18].

Inhaltlich ging es um Fragen, die im Vorfeld des Treffens mit den Vertretern der SKK schon mehrfach erörtert und zum Teil zumindest vorgeklärt worden waren, bevor die SED-Führung am 21. April grünes Licht für den Besuch in Moskau erhielt[19]. Gemäß dem von der SED gewünschten Gesprächsablauf legte Ulbricht zunächst die Grundzüge des Fünfjahrplans dar. In diesem Zusammenhang machte Stalin unter Zustimmung der anwesenden Politbüromitglieder einige Zusagen, mit denen die SED-Führung nach den vorangegangenen, monatelangen Abstimmungsgesprächen mit dem Ersten Stellvertreter des SKK-Vorsitzenden für Wirtschaftsfragen Konstantin Kowal (Koval') mehr oder weniger hatte rechnen können. Selbst die Erfüllung der Bitte um die leihweise Überlassung der Waffen für die von der SKK für 1951 vorgesehenen 110.000 Angehörigen der Volkspolizei dürfte keine allzu große Überraschung gewesen sein, denn schließlich ging die Initiative zu dieser Forcierung der verdeckten Aufrüstung der DDR von sowjetischer Seite aus[20]. Allerdings gingen die Versprechungen hier über die tatsächlichen Lieferungen 1950/51 weit hinaus[21]. Völlig unerwartet war aber wohl die Herabsetzung der Reparationsforderungen gegenüber der DDR. Stalin vergewisserte sich extra noch, in welcher Höhe die Reparationsleistungen in den Fünfjahrplan eingestellt seien, obwohl er über eine Frage dieser Bedeutung sicher informiert war, und als Ulbricht bestätigte, dass sie in der bisherigen Höhe eingeplant seien, verkündete er plötzlich die Halbierung der Gesamtreparationsforderung an die DDR unter Beibehaltung ihrer zugesagten Streckung auf insgesamt 20, d.h. ab 1950 noch 15 Jahre[22]. Dieses Zugeständnis nutzte Stalin dann, um spontan auf eine im Plan nicht vorgesehene, kräftige Lohnerhöhung zu drängen

[18] Die „Bemerkungen Semjonows am 7. 4. 1950" enthalten im zweiten Teil Personaldetails der SED, die in der „Aufzeichnung" Semenovs vom 4. Mai so nicht auftauchen, obwohl über die Zusammensetzung des Politbüros und einige andere Personen gesprochen wurde. Die Besprechung derartiger Details in Moskau erscheint eher unwahrscheinlich. Abweichungen zwischen den Aufzeichnungen Piecks und denen, die auf sowjetischer Seite angefertigt wurden, sind allerdings belegt. Vgl. etwa die Notizen Piecks und die von Michail Suslov angefertigte „Aufzeichnung" zu einem Treffen zwischen Stalin und der SED-Führung am 31. 1. 1947, Badstübner/Loth, Aufzeichnungen, S. 112–114; Bonwetsch/Bordjugov, Stalin und die SBZ, S. 294–301.

[19] Vgl. RGASPI, f. 17, op. 137, d. 309, l. 96. Zu entsprechenden Treffen zwischen der SKK und Vertretern der SED-Führung liegen Aufzeichnungen, in der Regel angefertigt vom Dolmetscher V. Machalov, in: RGASPI, fond 17, op. 137 (Außenpolitische Kommission des ZK der KPdSU).

[20] Vgl. Dokument S. 589. Torsten Diedrich/Rüdiger Wenzke, Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952–1956, Berlin 2001, S. 46 f.

[21] Vgl. ebenda.

[22] Vgl. Dokument S. 591 f. Die Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion gingen tatsächlich seit 1951 gegenüber den Jahren bis 1950 stark zurück. Vgl. Rainer Karlsch, Umfang und Struktur der Reparationsentnahmen aus der SBZ/DDR 1945–1953, in: Christoph Buchheim (Hrsg.), Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995, S. 61.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

– nicht zuletzt im Hinblick auf die Wahlen im Oktober. Und diese Lohnerhöhung wurde dann auch am 3. September 1950 in der DDR verkündet, wenn auch nicht ganz in der von Stalin vorgeschlagenen Höhe von 10–15, sondern von 8 Prozent[23].

Die Verbesserung der Versorgungslage war von der Sowjetführung seit je als wichtige Voraussetzung für einen Erfolg bei den anstehenden Wahlen angesehen worden. Diese Sorge um die Stimmung der Bevölkerung kommt nicht nur in dem Plädoyer für kräftige Lohnerhöhungen, sondern auch in zahlreichen anderen Äußerungen Stalins oder anderer sowjetischer Politbüromitglieder zum Ausdruck. Das ist aber letztlich weniger überraschend als die Tatsache, dass die Zustimmung der bürgerlichen Parteien, also der CDU und der Liberal-Demokratischen Partei (LDP), zur Aufstellung von Einheitslisten trotz der Machtstellung der SED und ihrer Unterstützung durch die SKK offenbar nicht als selbstverständlich, sondern als „Erfolg" angesehen wurde, wie Molotow deutlich machte[24]. Trotz aller Mittel zur Drangsalierung und Einschüchterung, die der Staatsmacht zur Verfügung standen und auch genutzt wurden, sah man die bürgerlichen Parteien bis zu diesem Zeitpunkt erstaunlicherweise auch von sowjetischer Seite immer noch als ernstzunehmenden Gegner an. Insofern hat Wilfried Loth wohl Recht, wenn er meint, dass erst die Zustimmung zu den Einheitslisten den Verzicht auf freie Wahlen endgültig machte und den bürgerlichen Parteien damit das Rückgrat gebrochen wurde[25].

Große politische Entscheidungen und einschneidende Maßnahmen sind während der Begegnung vom 4. Mai 1950 nicht getroffen worden. Wenn etwas aus der „Aufzeichnung" des Gesprächs hervorgeht, dann vor allem ein fast unterwürfiges Verhältnis der SED-Führung zu Stalin und der Führung der KPdSU. So wurden die zahlreichen Bemerkungen, die Stalin während des Gesprächs zu einzelnen Problemen machte, im Grunde generell als Anweisungen betrachtet. Zum Beispiel rügte er die SED, die eher die eigene Macht in der DDR konsolidieren wollte und an einem Kampf um Popularität in der Bundesrepublik wenig Interesse zeigte. Mit der pessimistischen Analyse der Situation im Westen, wie Grotewohl sie gab, legitimierte sie im Grunde ihre Untätigkeit. Stalin warf der SED bzw. der KPD vor, die Lage viel zu pessimistisch zu sehen, und erklärte aus seiner Moskauer Warte ohne jeden konkreten Anhaltspunkt, aber gestützt auf seine politischen Erfahrungen von über 40 Jahren, dass die Perspektiven in Westdeutschland besser seien, als Grotewohl es darstelle, und dass man das sehen müsse, „was man mit bloßem Auge nicht sehen" könne, nämlich den „Hass auf die Imperialisten", auch wenn das Volk noch schweige[26]. Obwohl solche Behauptungen völlig an der Realität vorbeigingen, beschloß das Politbüro der SED dann tatsächlich eine entsprechende „Verstärkung des Kampfes in Westberlin und

[23] Vgl. Dokument, S. 597 f.
[24] Vgl. Dokument, S. 593.
[25] Vgl. Wilfried Loth, Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994, S. 165.
[26] Vgl. Dokument, S. 599.

Jahrgang 51 (2003), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Westdeutschland" und erklärte selbstkritisch, dass sich die „führenden Organe der Partei nicht auf die Aufgaben in der DDR beschränken" dürften. In den Beschlüssen des 3. Parteitags wurden Stalins Bemerkungen ebenfalls wie eine Direktive umgesetzt, auch wenn der Erfolg dieses Aktionismus ziemlich bescheiden blieb[27].

Auch den übrigen Bemerkungen Stalins leistete man Folge. Selbstverständlich verkündete Ulbricht die Reduzierung der Reparationszahlungen in seinem Referat auf dem 3. Parteitag, nachdem der Entwurf seiner Rede am 15. Juli – routinemäßig – der SKK und von Semjonow und I. F. Semitschastny (Semičastnyj), dem 1. Stellvertreter des SKK-Vorsitzenden, mit unbedeutenden Korrekturen versehen auch in Moskau noch einmal vorgelegt worden war[28]. Im übrigen ist bezeichnend, dass Ulbricht auch eine minimale Korrektur der SKK – der Dank an Stalin für die Reparationsreduzierung sollte blumiger ausfallen – wörtlich in die endgültige Fassung seiner Rede aufnahm[29]. Ferner wurde die Aufhebung der Lebensmittelrationierung, welche die DDR-Führung schon öffentlich angekündigt hatte und von derem baldigen Ende auch während der Gespräche in Moskau mehrfach die Rede war, nach einigen entsprechenden, eher beiläufigen Bemerkungen Stalins am Ende des Treffens nur teilweise und in mehreren Raten vorgenommen[30]. Stalins Kritik an der vorgesehenen Zahl von Mitgliedern und Kandidaten des ZK und sein eigener Vorschlag wurden ebenso wörtlich genommen wie sein Hinweis, dass der vorgesehene Generalsekretär nicht vom Parteitag, sondern vom ZK gewählt werden müsse[31]. Ob auch die Änderungen in der tatsächlichen Zusammensetzung des Politbüros gegenüber den in Moskau genannten Kandidaten auf Stalins Forderung nach der Aufnahme „neuer Leute" zurückgeht, entzieht sich unserer Kenntnis. Man darf aber annehmen, dass diese Mahnung, die sicher vor dem Hintergrund der starken personellen Veränderungen in der KPdSU-Führung im Zusammenhang mit dem 19. Parteitag von 1952 zu sehen ist, in Ost-Berlin nicht ohne Wirkung blieb. Denn wenn über einzelne Details hinaus

[27] Loth, Ungeliebtes Kind, S. 169 f.

[28] Am 19. 7. 1950, in: RGASPI, f. 17, op. 137, d. 95, l. 1. Auch die anderen Vortragsmanuskripte, Konferenzmaterialien und Beschlussvorlagen waren der SKK Mitte Juli zum zweiten Mal mit der Bitte um Prüfung vorgelegt und von dieser auch an das ZK nach Moskau weitergeleitet worden, ohne dass allerdings von sowjetischer Seite in diesen endgültigen Entwürfen substantielle Änderungen vorgenommen wurden. Vgl. ebenda, f. 17, op. 137, d. 299.

[29] Statt „Wir danken dem Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Generalissimus Stalin, dafür", schrieb die SKK in den Text: „Wir sind dem Vorsitzenden [...] für diese Hilfe zu großem Dank verpflichtet." RGASPI, f. 17, op. 137, d. 95, l. 55 f.; Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitags der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 20. bis 24. Juli 1950, Berlin 1951, S. 362. Auch Grotewohl übernahm den einzigen Korrekturhinweis der SKK wörtlich in sein Referat. Der Satz, „Der imperialistische Staatenblock verfolgte keineswegs die Stärkung der antifaschistischen und demokratischen Kräfte der Welt, es ging ihm lediglich um die Zerschlagung der deutsch-japanischen Weltherrschaftspläne", wurde von der SKK um die Worte ergänzt: „weil diese seinen eigenen Weltherrschaftsplänen im Wege standen". Ebenda, S. 203; RGASPI, f. 17, op. 137, d. 95, l. 6.

[30] Vgl. Dokument, S. 606 f. Die Rationierung endete erst 1958 völlig.

[31] Vgl. Dokument, S. 605 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

etwas aus der „Aufzeichnung" des Treffens vom 4. Mai 1950 deutlich wird, dann die herausgehobene Stellung Stalins – gegenüber den übrigen sowjetischen Politbüromitgliedern, die letztlich nur zur Akklamation anwesend zu sein schienen, und gegenüber der SED-Führung, die sich angewöhnt hatte, jeden Hinweis Stalins ernstzunehmen, und sicher angesichts des „Scherzes" über die Möglichkeit, deutsche Schiffe unter jugoslawischer Flagge fahren zu lassen, ebenso wenig lachen konnte wie Pieck über den Hinweis Stalins auf Engels[32]. Ein anderer als Stalin hätte sich beide „Scherze" wohl nicht erlauben können, und niemand scheint sie nach Ausweis der Aufzeichnung als solche aufgenommen zu haben. Mit Tito und Jugoslawien machte man nach 1948 einfach keine Scherze, und Engels war, wie Insider wussten, als „Klassiker" nicht gerade beliebt bei Stalin[33]. Den „Fehler in der Übersetzung", auf den er sich berief, mag man Pieck – bei der Aufzählung der „Klassiker" – nicht recht abnehmen. Man darf annehmen, dass Stalin hier bewusst die Reaktion seiner Besucher – sowjetischer wie deutscher – prüfen wollte. Diese Prüfung zumindest haben die deutschen Besucher bestanden.

DOKUMENT

Aufzeichnung des Gesprächs des Genossen I. V. Stalin mit den Führern der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht

4. Mai 1950

Es waren anwesend die Genossen W. M. Molotow [V. M. Molotov], G. M. Malenkow [Malenkov], L. P. Berija, A. I. Mikojan, N. A. Bulganin, W. I. Tschuikow [V. I. Čujkov], W. S. Semjonow [V. S. Semenov].

Dolmetscher: Fred Oelßner (Parteivorstand[34] der SED)

Gen. Stalin fragt die Führer der SED, was es für Neuigkeiten gibt.

Pieck sagt, dass es viele Fragen gibt. Hauptsächlich sind es Fragen des 3. Parteitags der SED.

Gen. Stalin fragt, wann der Parteitag stattfindet.

Pieck antwortet, dass er am 23. Juli stattfindet. Die Tagesordnung des Parteitags ist: 1) Bericht des ZK, einschließlich der Oktoberwahlen. Referent: W. Pieck; 2)

[32] Vgl. Dokument, S. 588 und S. 604.
[33] Vgl. D. A. Volkogonov, Triumf i tragedija. Političeskij portret I. V. Stalina, Moskau 1989, Bd. II, 1, S. 191, Bd. II, 2, S. 142; Robert H. MacNeal, Stalin. Man and Ruler, London 1988, S. 172.
[34] Im Text: ZP = eigtl. Zentralvorstand. Der Parteivorstand wurde durch den 3. Parteitag der SED im Juli 1950 in Zentralkomitee (ZK) umbenannt.

Jahrgang 51 (2003), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Kampf um den Frieden und die Entwicklung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Referent: O. Grotewohl; 3) Der Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR. Referent: W. Ulbricht; 4) Änderung des Parteistatuts der SED; 5) Die Wahlen zu den Führungsorganen der SED.

Gen. Stalin fragt, ob der Fünfjahrplan dem Parteitag vor oder nach seiner Verabschiedung durch die Regierung vorgetragen wird.

Pieck antwortet, dass der Fünfjahrplan der Regierung durch den Parteitag vorgelegt werden wird.

Gen. Stalin bemerkt: [„]Das heißt vor der Verabschiedung durch die Regierung.["]

Pieck bestätigt das. Er bittet um Zustimmung Stalins, das Gespräch mit der Information Ulbrichts über den Fünfjahrplan zu beginnen.

Gen. Stalin antwortet, dass das gleich sei. Wie es Ihnen lieber ist.

Ulbricht fragt, wie viele Minuten er für den Vortrag hat.

Stalin fragt: [„]Für das Gespräch? Für den Vortrag? Wie viele [Minuten] möchte Ulbricht? Möglich sind 10 Stunden.["]

Ulbricht bittet um 20 Minuten. Er sagt, dass der 3. Parteitag der SED die wesentlichen Kontrollziffern des Fünfjahrplans beschließen und die Richtung der Wirtschaftspolitik der Republik bestimmen soll. Danach wird die Regierung der Republik den Fünfjahrplan endgültig ausarbeiten und ihn vor den Wahlen im Herbst diesen Jahres veröffentlichen. Bei der Ausarbeitung des Fünfjahrplans sei die DDR von der Notwendigkeit ausgegangen, die Vorzüge der Gesellschaftsordnung der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber Westdeutschland zu beweisen. Die Hauptaufgabe des Fünfjahrplans besteht in der Durchführung des Aufbaus mit den eigenen Kräften des deutschen Volkes in enger Verbindung mit der Sowjetunion und auf der Basis der Wirtschaftsplanung. Der Fünfjahrplan sieht die Erhöhung der Bruttoproduktion der Industrie der DDR um ca. 100% gegenüber dem Jahr 1936 vor. Das wird ein erheblich höheres Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung sein, als es das kapitalistische Deutschland je gehabt hat. Der Fünfjahrplan sieht Kapitalinvestitionen im Umfang von 25 Mrd. Mark vor, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität um 61%, die Steigerung des Außenhandels um 120% und die Senkung der Selbstkosten der volkseigenen Betriebe um 23%. Der Fünfjahrplan setzt sich zum Ziel, eine maximale Unabhängigkeit der DDR vom kapitalistischen Westen zu erreichen. Das ist unter den gegenwärtigen Bedingungen eine schwierige Aufgabe. Es ist notwendig, eine eigene Metallurgie zu entwickeln und neue Steinkohlenbergwerke zu errichten, obwohl die geologischen Erkundungen noch keine eindeutigen Kenntnisse über die vorhandenen Möglichkeiten im Hinblick auf Steinkohle erbracht haben. Es werden neue Kupferbergwerke errichtet und man wird mit dem Abbau von Eisenerz beginnen, obwohl auch in dieser Hinsicht das geologische Bild nicht völlig klar ist.

Vf Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gen. Stalin fragt: [„]Die Geologen arbeiten bei Ihnen schlecht?["]

Ulbricht gibt zu, dass sie schlecht arbeiten. Es gibt viele bürokratische Prozeduren, und die Leitung des geologischen Dienstes in der DDR muß ausgewechselt werden. In der Republik wird die Bohrung nach Öl beginnen. Ulbricht bittet um technische Hilfe der sowjetischen Regierung, weil die Republik nicht über die technische Ausrüstung zur Bohrung von Bohrlöchern verfügt.

Gen. Stalin sagt, dass wir sie liefern werden.

Ulbricht fährt fort, dass es besonders schwer werden wird, einzelne Maschinenbaubetriebe des allgemeinen Maschinenbaus für den schweren Maschinenbau umzubauen, dass es notwendig ist, die Erzeugung von Elektroenergie für die Versorgung der Metallurgie und der Bergwerke auszuweiten usw. Im Laufe der Fünfjahresfrist will man ein Versorgungsniveau der Bevölkerung erreichen, wie es 1936 bestanden hat.

Gen. Stalin fragt: [„]Ein Lebensstandard wie in der Hitlerzeit? Das ist doch trotz allem ein schlechtes Vergleichskriterium.["]

Ulbricht sagt, dass er später auf diese Frage eingehen wird und dass es Schwierigkeiten gibt.

Gen. Stalin wiederholt, dass dies ein sehr schlechtes Vergleichskriterium ist.

Ulbricht sagt, dass man vorläufig noch keine Möglichkeit hat, sich ein höheres Ziel zu stecken. Auf der Grundlage der Erreichung einer größeren Unabhängigkeit vom Westen wird es möglich sein, die Währung der DDR zu festigen. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt waren die Amerikaner in der Lage, verschiedene Machenschaften mit der Valuta durchzuführen, weil in der DDR die Waren nicht ausreichen. Es sei beabsichtigt, die Preise in den Läden des Kommerzhandels[35] zu senken. Doch das wichtigste ist die Sicherstellung der Unabhängigkeit vom Westen in der Produktion. Der Preisindex soll im Laufe der fünf Jahre von 100 auf 57 gesenkt werden.

Ulbricht bittet um Erlaubnis, einige Fragen aufwerfen zu dürfen, zu denen der Rat oder die Hilfe der sowjetischen Regierung nötig ist.

Erstens, sagt Ulbricht, lässt sich der Fünfjahrplan nur für den Fall realisieren, dass die Koordinierung und gegenseitige Hilfe zwischen der DDR und der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie sichergestellt ist. Wir bitten, sagte Ulbricht, die DDR in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe aufzunehmen um die Erfahrung des wirtschaftlichen Aufbaus und der Koordinierung der wirtschaftlichen Anstrengungen austauschen zu können. Wir bitten auch um Einwilligung zum Beginn von Verhandlungen und zum Abschluss eines Handelsvertrages mit fünf Jahren Laufzeit.

Gen. Stalin fragt, mit welchen Ländern sie Abkommen haben möchten.

Ulbricht antwortet: mit der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie.

[35] HO-Läden.

Jahrgang 51 (2003), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zweitens, setzt Ulbricht fort, bitten wir darum, der DDR zu gestatten, eine Reihe von Waren zu produzieren, deren Herstellung Deutschland durch den Kontrollrat verboten worden ist. Ulbricht bemerkte, dass in der Deutschen Demokratischen Republik mit Hilfe der SMAD[36] und der SKK[37] eine so dauerhafte Grundlage für eine friedliche Entwicklung geschaffen worden ist, dass es nach Auffassung der SED möglich wäre, der Republik eine solche Erlaubnis zu geben. Auf seiner 24. Sitzung hat der Kontrollrat eine Liste von Waren festgelegt, die Deutschland nicht herstellen darf

Gen. Stalin bemerkt, dass es heute keinen Kontrollrat [mehr] gibt.

Ulbricht sagt, dass das sehr gut ist. Allerdings gibt es die Verbotsliste, die für die Deutschen verbindlich ist. Es ist nötig, sie aufzuheben.

Gen. Stalin bestätigt, dass das notwendig ist, und fragt die anwesenden Mitglieder des Politbüros: [„]Heben wir das Verbot auf?["]

Die Mitglieder des Politbüros stimmen dem zu, wobei Gen. Molotow bemerkt, dass sie [die Deutschen] schon jetzt aus dem Rahmen der Verbote des Kontrollrats herausgetreten sind, doch formal sind die Verbote weiter in Kraft und müssen für ungültig erklärt werden.

Gen. Stalin fasst zusammen, dass die Verbote aufgehoben werden.

Ulbricht sagt, dass die Verbote des Kontrollrats auch den Hochseeschiffbau betreffen, dessen Entwicklung im Fünfjahrplan der DDR vorgesehen ist.

Gen. Stalin sagt, dass das richtig ist und dass wir Aufträge für Sie für einige Kriegsschiffe haben. Wenn Sie solche Schiffe nicht ganz herstellen können, dann vielleicht in Teilen.

Ulbricht sagt, dass er darüber später etwas sagen wird.

Drittens, setzt Ulbricht fort, stellen Rohstoffe ein großes Problem für den Fünfjahrplan dar. Die [Kontroll-]Ziffern zum Bedarf der DDR an Rohstoffen sind mit der SKK abgestimmt. Es wird alle Kraft darauf verwendet werden, um in möglichst großem Umfang Metall in der DDR zu erzeugen ([Ulbricht] führt die Zahlen des Fünfjahrplans für Roheisen, Stahl und Walzerzeugnisse an). Der Fünfjahrplan sieht den Bau eines neuen Hüttenkombinats vor. Dennoch bleibt ein Mangel, angesichts dessen wir [darum] bitten, sagt Ulbricht, dass die sowjetische Regierung der DDR die fehlenden Mengen an Roheisen und Stahl verkauft.

Die vierte Frage, setzt Ulbricht fort, betrifft die Veränderungen der sozialen Struktur der Volkswirtschaft der Republik im Laufe des Fünfjahrplans. Das Politbüro der SED glaubt, dass der Kampf mit den kapitalistischen Elementen in der DDR im Laufe der nächsten fünf Jahre auch weiterhin mit den wirtschaftlichen Mitteln geführt werden muß, über die der Genosse Stalin im letzten Gespräch zu uns gesprochen hat. Der Fünfjahrplan sieht vor, dass der Anteil der staatlichen

[36] Sowjetische Militäradministration in Deutschland, gegründet am 9. 6. 1945.
[37] Sowjetische Kontrollkommission, gebildet am 10. 10. 1949.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Industrie in der Wirtschaft der DDR bis 1955 von 71,7% auf 76,7% angehoben wird.

Gen. Stalin fragt: [„]Das ist zum Ende des Fünfjahrplans?["]

Ulbricht bestätigt das. Der Anteil der privaten Industrie sinkt von 28,3% auf 23,3%.

Gen. Stalin fragt, ob das Handwerk darin enthalten ist.

Ulbricht antwortet, dass [es] nur teilweise [enthalten ist], und zwar nur das große Handwerk. Das Kleinhandwerk wird im Plan nicht berücksichtigt. In absoluten Zahlen sieht der Plan eine Vergrößerung der Produktion der staatlichen Industrie um 103,2% und der privaten Industrie um 56,3% vor. 1955 wird die private Industrie über eine Kapitalakkumulation in Höhe von 1,3 Mrd. Mark verfügen. Das birgt selbstverständlich gewisse politische Gefahren in sich. Mit Hilfe der Steuerpolitik muss man dafür sorgen, dass die Bäume der privaten Industrie nicht in den Himmel wachsen. Im Großhandel nimmt der gesellschaftliche Sektor, nach der Schaffung der Großhandelszentralen im Jahre 1949, bereits die herrschende Stellung ein. Im Einzelhandel sieht der Fünfjahrplan folgende Veränderungen vor: Der Anteil des staatlichen Sektors erhöht sich bis 1955 von 15,3% auf 40,4%, der Anteil der Genossenschaften erhöht sich von 17,7% auf 25,0%, der Anteil des privaten Einzelhandels sinkt von 57,0% auf 33,6%. Die grundsätzliche gesellschaftspolitische Linie des Fünfjahrplans besteht darin, den volkseigenen Sektor zu stärken und gleichzeitig alle in der Industrie vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen, darunter auch die im privaten Sektor. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft ist das Hauptproblem die Entwicklung der Maschinen-Ausleihstationen (MAS). Zum 1. Januar 1950 gab es in der Republik 524 MAS. Für 1955 sieht der Plan 750 MAS vor.

Gen. Stalin fragt: [„]Machen die Bauern da mit? Sehen sie einen Nutzen darin?["]

Ulbricht antwortet bejahend. Er verweist darauf, dass die MAS bisher nur in der Lage waren, hauptsächlich den Neubauern zu helfen. Regionen, in denen die alte Bauernschaft überwiegt, haben kein entwickeltes Netz von MAS. Es ist wichtig, das Netz der MAS zu erweitern. Es ist vorgesehen, dass gegen Ende des Fünfjahrplans alles Land mit Traktoren bearbeitet wird. Gegenwärtig gibt es in der Republik 7.350 Traktoren, aber 1955 wird es 37.500 Traktoren geben. Die DDR wird 12.000 Traktoren im Jahr produzieren und auf diesem Stand weitermachen.

Oelßner sagt Ulbricht, dass 20 Minuten schon vorbei sind.

Ulbricht fährt fort, dass die MAS in technische, agronomische und kulturelle Zentren des Dorfes umgewandelt werden müssen. Ende 1950 wird in der DDR der Zusammenschluß der Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe und der ländlichen Genossenschaften beginnen. Dabei handelt es sich um zwei parallele wirtschaftliche Organisationen, wobei in den Genossenschaften zu viele Reaktionäre sitzen. Im Fünfjahrplan wird davon ausgegangen, dass beim Bau neuer und beim Übergang einer Reihe [anderer] Betriebe zum Zwei- oder Dreischichtenbe-

Jahrgang 51 (2003), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

trieb in der DDR ein Mangel an Arbeitskräften spürbar wird; es werden 1.566 Mio. neuer Arbeitskräfte benötigt.

Weiter dankt Ulbricht der sowjetischen Regierung für den Abschluss des Handelsabkommens der DDR mit der Sowjetunion, was großen politischen Einfluß auch auf Westdeutschland gehabt hat. Ein Teil der Großunternehmer Westdeutschlands ist sehr interessiert an der Entwicklung des Handels mit dem Osten. Deshalb, sagt Ulbricht, haben wir den westdeutschen Industriellen erklärt, dass wir bei der Ausarbeitung unserer Handelsabkommen mit den Ländern der Volksdemokratie bereit sind, mögliche Lieferungen in diese Länder aus Westdeutschland zu berücksichtigen, unter anderem nach China.

Gen. Stalin betont, dass die Chinesen gerne mit den Deutschen Verbindung aufnehmen wollen.

Ulbricht sagt, dass die Regierung der DDR in der nächsten Zeit eine Handelsdelegation nach China schicken wird.

Gen. Stalin sagt, dass das eine gute Sache ist.

Ulbricht geht zu Fragen der Schifffahrt über. Er sagt, dass die Republik im Rahmen der Reparationen 6 Schiffe mit einer Wasserverdrängung von je 1000 BRT baut. Ulbricht bittet um Genehmigung des Baus von folgenden Hochseeschiffen: zwei Schiffe von je 8000 Tonnen, zwei von je 5000 Tonnen, fünf von je 3000 Tonnen, neun Transportschiffe von je 1000 Tonnen und 10 Fischereischiffe. Dafür müssen in Warnemünde zwei Docks gebaut werden. Die Schiffe werden vor allem für die Verbindung mit China nötig sein.

Gen. Stalin sagt: [„]Je mehr Sie bauen, desto besser.["]

Ulbricht bemerkt, dass die Amerikaner der DDR nicht erlauben könnten, große Handelsschiffe zu besitzen, und sich dabei auf die Viermächte-Abkommen berufen.

Gen. Stalin bemerkt, dass die Amerikaner der DDR nicht verbieten können, Schiffe zu besitzen, und sagt dann scherzhaft, dass man die jugoslawische Flagge nehmen kann.

Ulbricht entgegnet, dass man lieber die deutsch-polnische [sic] Flagge nähme.

Gen. Stalin sagt, dass das gut ist.

Ulbricht drückt noch einmal den Wunsch aus, den Betrieb unter polnischer Flagge zu organisieren, falls die Amerikaner sich einmischen.

Gen. Mikojan sagt, dass die Amerikaner nicht das Recht haben, sich einzumischen.

Ulbricht drückt den Wunsch nach Gründung einer gemischten sowjetisch-deutschen Luftfahrtgesellschaft „Lufthansa" aus und erbittet vom Genossen Stalin die Genehmigung zur Ausbildung eines Kaders deutscher Piloten.

Gen. Stalin sagt, dass es bei uns deutsche Spezialisten gibt, gute Luftfahrtkonstrukteure. Sollen sie zu Ihnen gehen, nehmen Sie sie.

Vf Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ulbricht bemerkt, dass Piloten nötig sind.

Gen. Stalin sagt, dass es auch deutsche Piloten gibt. Wir werden Ihnen helfen, Kader auszubilden, bitte.

Ulbricht sagt, dass wir [Deutsche] nicht an die Produktion von Flugzeugen gedacht haben, doch wenn Sie [Stalin] es für nötig halten, dann können wir [Deutsche] Flugzeugmotoren bauen.

Gen. Stalin sagt, dass das wichtigste der Motor des Flugzeugs ist. Flugzeugrümpfe kann man finden, wo man will.

Ulbricht erklärt, dass die DDR schon jetzt zur Produktion von Flugzeugmotoren übergehen kann. Ulbricht fragt: [„]Muß man die Produktion von Transportflugzeugen vorbereiten?["] Die DDR ist daran nicht sehr interessiert und würde Transportflugzeuge gern in der UdSSR kaufen. Das betrifft auch die Ausrüstung für den Flughafenbetrieb. All das muss man [miteinander] abstimmen.

Gen. Tschuikow, setzt Ulbricht fort, hat erklärt, dass der Plan der SKK für 1951 den Unterhalt von 110.000 Bediensteten der Polizei der DDR vorsieht. Wir sind mit diesem Plan einverstanden. Allerdings ist die Produktion von Waffen für die Polizei im Plan nicht vorgesehen. Ulbricht drückt die Hoffnung aus, dass die sowjetische Regierung der DDR die Waffen leihen wird.

Gen. Stalin antwortet, dass wir sie leihen werden.

Ulbricht geht zu Fragen der Wissenschaft und Technik über. Es besteht ein Gesetz des Kontrollrats über die Kontrolle wissenschaftlicher Forschung, das die Forschung in einer Reihe wichtiger Zweige der Wissenschaft und Technik verbietet. Für die DDR ist dies eine der wichtigsten Fragen im Hinblick auf die Notwendigkeit der Entwicklung von Ersatzstoffen usw. Ulbricht erbittet die Genehmigung der vom Kontrollrat verbotenen Forschung in einem Ausmaß, das von der SKK festgelegt werden wird, unter anderem auch auf dem Gebiet der Atomforschung.

Gen. Stalin fragt, ob es wissenschaftliche Kräfte gibt, die sich damit befassen.

Ulbricht antwortet, dass es einige Kräfte gibt. Für den Anfang wäre es möglich, in der DDR die Forschung zur Heilung von Krebs zu entwickeln.

Gen. Stalin sagt, dass dies gut ist. Das ist möglich.

Ulbricht bittet um Genehmigung zur Durchführung von Forschungen auch auf dem Gebiet der Elektronik, kosmischer Strahlung, der Festkörperphysik u.a. m. Wir sind überzeugt, sagt Ulbricht, dass wir in der DDR im Laufe des Fünfjahrplanes vor der Frage der praktischen Anwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke stehen werden. Gegenwärtig hat die DDR Braunkohle als Hauptquelle der Energieversorgung, doch gegen Ende des Fünfjahrplans wird die Republik zur Konstruktion atomkraftgetriebener Maschinen übergehen.

Ulbricht betont des weiteren die Bedeutung des Problems des Wiederaufbaus der zerstörten Städte in Deutschland und dankt für den Empfang der Delegation

Jahrgang 51 (2003), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutscher Architekten in Moskau. Die DDR steht vor der Notwendigkeit, das ganze Bau- und Architekturwesen neu aufzubauen, weil unter den deutschen Architekten der Hang zum Formalismus und Kosmopolitismus weit verbreitet ist. Ulbricht bittet darum, im Herbst diesen Jahres eine Delegation der Architekturakademie der UdSSR in die DDR zu entsenden, um der DDR bei der Ausarbeitung der Pläne für den Wiederaufbau der großen Städte zu helfen. Im weiteren geht Ulbricht zur Frage der Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung der DDR mit Lebensmitteln im Zusammenhang mit den Wahlen im Herbst diesen Jahres über. Ab 1. September d.J. wird die Fleischration um 10 Gramm pro Tag und die Fettration um 5 Gramm pro Tag erhöht. Dazu wird die Einfuhr von 14.000 t Fleisch benötigt, wofür Kredite von seiten Polens und Ungarns vorgesehen sind. Eine solche Erhöhung der Rationen kann natürlich keinen großen Einfluß auf die Wahlen ausüben, aber andere Möglichkeiten gibt es nicht. Es ist geplant, die Preise in den Geschäften des Kommerzhandels[58] ab 1. August d.J. um 20% und ab 1. September d.J. um 30% zu senken sowie die Bevölkerung pünktlicher mit Textilwaren auf Marken zu versorgen. Zum Herbst diesen Jahres werden aus Ungarn 100.000 Paar Arbeitsschuhe eingeführt werden. Es wäre wünschenswert, [auch] aus der Tschechoslowakei Schuhe zu importieren, aber ohne Kredite der Tschechoslowaken zu erhalten, wird das nicht gelingen.

Gen. Stalin fragt: [„]Wie sind die Beziehungen der DDR zu Polen?["] Er erwähnt, dass die Polen einige deutsche Spezialisten zu sich geholt haben und mit ihnen sehr zufrieden sind.

Ulbricht antwortet, dass die Beziehungen der DDR zu Polen sehr gut sind – enger als zur Tschechoslowakei.

Gen. Stalin sagt lachend, dass Ulbricht gelernt hat, sich diplomatisch auszudrükken.

Ulbricht erklärt, dass sich die Beziehungen zu Polen deshalb verbessert haben, weil in der DDR zur Frage der Oder-Neisse-Grenze ein offener politischer Kampf ausgetragen worden ist. Das hat zu einer Annäherung an die Polen geführt. Mit den Tschechoslowaken hat es eine solche Annäherung noch nicht gegeben.

Gen. Stalin fragt, ob die Polen der DDR viel Koks liefern. Sie können liefern; sie haben genug.

Ulbricht sagt, dass die Polen den nötigen Koks liefern. Auf dem Gebiet des Außenhandels hat die DDR im Augenblick Schwierigkeiten, weil sie nicht über Waren verfügt, die die Länder der Volksdemokratie im Austausch für ihre Erzeugnisse haben wollen. So wollen sie von der DDR Eisenschrott geliefert bekommen. Doch das können wir nicht ohne Schaden für unsere eigene Hüttenindustrie tun.

Gen. Stalin erkennt das an.

[58] HO-Läden.

Vf Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ulbricht sagt weiter, dass man vor den Wahlen versuchen will, die Versorgung zu verbessern, um die Stimmung der Bevölkerung zu beeinflussen. Die Lebensmittelkarten werden aber erst nach dem 1. November d.J. abgeschafft[39].

Gen. Mikojan fragt: [„]Warum [erst] nach den Wahlen?["]

Ulbricht erklärt, dass die Abschaffung der Lebensmittelkarten mit einer gewissen Erhöhung der Preise auf die rationierten Waren verbunden ist. Deshalb ist es unpassend, dies vor den Wahlen zu tun.

Damit beendet Ulbricht seinen Informationsbericht.

Gen. Stalin sagt, dass wir keine Einwände gegen die Aufnahme der DDR in den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe erheben werden[40]. Gegen den Abschluss eines Fünfjahrplans für den Handel der DDR mit den Ländern der Volksdemokratie und der Sowjetunion haben wir ebenfalls keine Einwände. Auch dagegen, dass die vom Kontrollrat verbotenen Betätigungen sowohl im Bereich der Wirtschaft als auch im Bereich der Wissenschaft erlaubt werden, gibt es keine Einwände. Für den Schiffbau wird Hilfe geleistet werden. Bei der Ausbildung von Pilotenkadern werden wir ebenfalls mit Vergnügen helfen. Was die Rohstoffe betrifft, die die Republik braucht, ist hier genaueres nicht gesagt worden.

Des weiteren fragt der Gen. Stalin, welche Höhe an Reparationszahlungen der Fünfjahrplan jährlich vorsieht.

Ulbricht antwortet, dass der Fünfjahrplan die Zahlung der gleichen Summe vorsieht, die für 1950 geplant ist. Das betrifft auch den Umfang der Besatzungskosten und der Ausfuhr von Waren zur Verrechnung der Einkünfte sowjetischer Unternehmen in Deutschland.

Gen. Stalin fragt, ob das Abkommen über die Unternehmen sowjetischer Aktiengesellschaften in Deutschland unterzeichnet ist. [„]Gefällt Ihnen alles in diesem Abkommen?["]

Ulbricht antwortet bejahend. Die Regierung der DDR hatte das Abkommen vollkommen gebilligt, doch die sowjetische Delegation hatte nach der Beendigung der Verhandlungen erklärt, dass das Abkommen erst nach einer Entscheidung der sowjetischen Regierung unterzeichnet wird.

Gen. Stalin sagt, dass das Abkommen jetzt in Moskau unterzeichnet werden muß[41]. Dann, fährt Gen. Stalin fort, müssen [auch] unsere gesamten Reparationsverhältnisse geklärt werden. Gemäß den Vereinbarungen der vier Mächte auf der Krim-Konferenz[42] und gemäß der Resolution, die auf der Potsdamer Konferenz

[39] Am 3. 9. 1950 wurde die Aufhebung der Rationierung für Kartoffeln, am 12. Dezember für den 1. 1. 1951 für Getreideprodukte und Hülsenfrüchte verkündet. Für Fleisch, Fett, Eier, Milch und Zucker und Verbrauchsgüter bestand die Rationierung weiter.

[40] Die DDR wurde am 29. 9. 1950 in den RGW aufgenommen.

[41] Am 19. 5. 1950 wurde ein Protokoll über die Rückgabe von 23 Betrieben der SAG in das Eigentum der DDR unterzeichnet.

[42] Konferenz von Jalta.

Jahrgang 51 (2003), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

veröffentlicht wurde, und ferner ausgehend von den sowjetischen Erklärungen auf diesen Konferenzen, beläuft sich die Gesamtsumme unserer Reparationsforderungen auf 10 Mrd. Dollar. Nach unseren Berechnungen, über die man Sie unterrichten wird, hat Deutschland an Reparationsschulden einschließlich der für 1950 vorgesehenen Lieferungen ca. 3,660 Mrd. Dollar bezahlt. Folglich bleiben noch 6,340 Mrd. Dollar zu zahlen. Wir sind der Meinung, sagt Gen. Stalin, dass wir den Interessen Deutschlands entgegenkommen und diesen Rest auf die Hälfte reduzieren könnten. Es bleiben also 3,170 Mrd. Dollar. Auf der Moskauer Außenministerkonferenz von 1947 hat die sowjetische Delegation erklärt, dass sie Deutschland die Streckung der Bezahlung der Reparationen auf 20 Jahre ermöglichen will, unabhängig davon, ob die Reparationen auf den Osten oder den Westen entfallen. Die Anglo-Amerikaner waren mit dem sowjetischen Vorschlag nicht einverstanden. Doch ungeachtet dessen werden wir uns an unsere Erklärung halten. Sie haben bereits fünf Jahre lang Reparationen gezahlt. D. h. es verbleiben noch 15 Jahre. Man muss diese etwas mehr als drei Mrd. Dollar auf 15 Jahre verteilen. D. h. pro Jahr müssen etwa 211 Mio. Dollar gezahlt werden. Gen. Stalin fragt: [„]Paßt [Ihnen] diese Regelung?["]

Ulbricht und Pieck antworten, dass sie ihnen sehr gefällt[43].

Gen. Stalin sagt, dass sie das Budget und den Fünfjahrplan der Deutschen Demokratischen Republik entlastet und erlaubt, den Lebensstandard ihrer Bevölkerung stärker anzuheben. Bei der Zusammenstellung des Planes muß man diese Korrektur hinsichtlich der Reparationszahlungen berücksichtigen.

Ulbricht bemerkt, dass es in diesem Falle möglich wird, eine solche Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung der DDR vorzunehmen, dass die Indikatoren von 1936 nicht mehr als Kriterium dienen können, worauf der Gen. Stalin [schon] hingewiesen hat.

Gen. Stalin sagt, dass von diesem Kriterium Abstand genommen und der Lebensstandard der Bevölkerung gegenüber 1936 erhöht werden muß. Wir können, sagt Gen. Stalin, Ihnen eine gewisse Menge an Fett und Fleisch liefern. Damit werden wir Ihnen helfen. Baumwolle können wir [Ihnen] etwas mehr geben, als wir [Ihnen] gegeben haben. Wenn Sie Hochöfen hätten, könnten wir Ihnen Erz geben. Die Polen lassen sich von uns Erz geben.

Ulbricht sagt, dass es in der DDR Hochöfen gibt.

Gen. Stalin sagt, dass es für uns leichter ist, Erz zu geben als Stahl. Die Qualität des Erzes ist hoch – von 47 bis 60 % Eisengehalt. Hitler hat die Sowjetunion die ganze Zeit um Erz aus Krivoi Rog gebeten, doch das wurde ihm abgeschlagen. Gegenwärtig basiert die gesamte Hüttenindustrie Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei auf Erz aus Krivoi Rog.

Gen. Stalin fragt, wer das Wort haben möchte. Vielleicht gibt es einige Fragen.

---

[43] In einem Briefwechsel zwischen Grotewohl und Stalin vom 11., 15. und 19. 5. 1950 wurde die Herabsetzung der Reparationsleistungen förmlich festgestellt.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Pieck bringt tiefen und herzlichen Dank gegenüber dem Gen. Stalin zum Ausdruck.

Gen. Stalin antwortet, dass wir bereit sind, noch mehr zu helfen, und die Reparationen noch mehr herabsetzen könnten. Doch wir sind gezwungen, die öffentliche Meinung in der Sowjetunion zu berücksichtigen, die sich dagegen aussprechen wird. In der Sowjetunion gibt es seit dem Krieg viele Invaliden und Waisen, und es gibt große Zerstörungen. Das Volk kann das noch nicht vergessen. Die Deutschen liebt man nicht so sehr in unserem Volk. Doch die Reparationen um die Hälfte herabsetzen, wie man das mit anderen Ländern getan habe, das können wir. 211 Mio. Dollar im Jahr zu zahlen, das wird Ihnen nicht so schwer werden. Sie haben [früher] mehr gezahlt, obwohl die Lage schlechter war.

Gen. Molotow bemerkt, dass die DDR jetzt stärker geworden ist.

Ulbricht fragt, ob man nicht das Fleisch und das Fett aus der Sowjetunion, worüber der Gen. Stalin gesprochen hat, vor den Wahlen erhalten könne.

Gen. Stalin sagt, dass das möglich ist und dass er das auch gemeint hat. Ungefähr 20.000 t Butter kann man geben, vielleicht auch mehr. Das muß man abwarten. Auch Fleisch kann man geben.

Gen. Mikojan sagt, dass die Deutschen Fleisch mehr brauchen als Fett.

Pieck bestätigt das.

Gen. Stalin sagt weiter: [„]Einen Teil gibt man bei uns, den anderen Teil in Polen und Ungarn. Bei Ihnen werden [noch] Vorräte verbleiben. Doch das wichtigste ist der Sieg bei den Wahlen. Wenn Sie geschlagen werden, dann wird Tschuikow erneut in den Kampf ziehen müssen.["]

Gen. Molotow sagt, dass die SED bei der Vorbereitung der Wahlen Erfolge hat: Mit den bürgerlichen Parteien ist ein Abkommen über Einheitslisten bei den Wahlen geschlossen worden.

Gen. Stalin bemerkt, dass dies eine gute Sache ist.

Pieck sagt, dass die nächste Frage die Nationale Front des demokratischen Deutschland und den Kampf um den Frieden betrifft. Darüber wird Grotewohl referieren.

Grotewohl spricht davon, dass bei der Organisierung der Bewegung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland drei prinzipielle Fragen zugrunde gelegt wurden: die demokratische Einheit Deutschlands, der Abschluss eines Friedensvertrages und der Abzug der Besatzungstruppen. An diesen Hauptzielsetzungen hat sich nichts geändert. Allerdings ergeben sich aus der Entwicklung der internationalen Lage, aus der Politik der Bonner Regierung und aus der Tatsache der Gründung der DDR bestimmte taktische Veränderungen, welche nach der gerade abgegebenen Erklärung des Gen. Stalin über die Reparationen eine besondere Bedeutung erhalten. Im Kampf um die politische Einheit Deutschlands hat sich im allgemeinen die Analyse bestätigt, die im September von der

Jahrgang 51 (2003), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

SED gemacht wurde[44]. Die Anglo-Amerikaner versuchen, die Krise nach Westdeutschland zu verlagern. Sie verschließen ihm die Wege auf den Weltmarkt, verwandeln Westdeutschland in ein Land, das Rohstoffe importiert, und führen die Demontage der Industriebetriebe durch.

Weiter behandelte Grotewohl ausführlich die Aufgaben der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, wobei er sich an die Thesen seines Referats auf der Sitzung der Volkskammer aus Anlass der Gründung der DDR hielt. Besonders hob Grotewohl hervor, dass der Kampf um die Einheit Deutschlands jetzt zugleich zu einem Kampf um die demokratischen Freiheiten wird und dass der Weg der Demokratisierung der einzig mögliche Weg zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ist.

Anschließend behandelte Grotewohl Fragen des Kampfes um den Frieden und betonte das äußerst große Interesse des deutschen Volkes am Erfolg des Kampfes der internationalen Front der Kämpfer für den Frieden.

Grotewohl berichtet über den Erfolg der Unterschriftensammlung, die aufgrund des Aufrufs des Ständigen Komitees der Kämpfer für den Frieden[45] in Deutschland begonnen hat. Am 1. Mai, dem ersten Tag der Unterschriftensammlung, wurden in der DDR ungefähr 2 Mio. Unterschriften gesammelt. In Sachsen haben in den ersten beiden Tagen 30 % der Bevölkerung ihre Unterschrift unter den Aufruf geleistet, und in vielen Ortschaften ist die Sammlung der Unterschriften [bereits] vollständig abgeschlossen. Die Kampagne zur Unterschriftensammlung wird von der Partei mit der Vorbereitung zu den Wahlen verknüpft.

Gen. Stalin sagt, dass dies selbstverständlich gut ist. Das ist richtig.

Grotewohl sagt weiter, dass die Friedensbewegung in der Lage ist, einen größeren Kreis von Menschen zu erfassen als die Nationale Front des demokratischen Deutschland, die von vielen Westdeutschen als von den Kommunisten inspiriert angesehen wird. Deshalb hat man in Deutschland beschlossen, die Komitees für den Kampf um den Frieden unabhängig von den Komitees der Nationalen Front zu gründen. Die SED entfaltet gegenwärtig auch den Kampf gegen die Theorie der „Neutralität" Deutschlands im Kampf der zwei Lager, weil diese Theorie zur Einschränkung des Kampfes des deutschen Volkes für Frieden und Demokratie führt. Das Anwachsen der Friedensbewegung gibt der SED die Möglichkeit, dem deutschen Volk die Sowjetunion als stärkste Macht und Bollwerk des Friedens darzustellen und zugleich die Freundschaft mit der Sowjetunion auszuweiten. In der DDR wächst die freundschaftliche Haltung gegenüber der Sowjetunion. Das ist am Beispiel der beträchtlichen Vergrößerung der Zahl der Mitglieder in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu erkennen.

Gen. Stalin sagt, dass das gut ist, doch die Hauptsache bleibt trotzdem, eine breitangelegte Friedenskampagne durchzuführen. Deutschland erinnert sich [nur zu] gut an den Krieg und hat viel unter ihm gelitten. Die Deutschen wollen keinen

[44] Bezieht sich auf den Moskau-Besuch der SED-Delegation im September 1949.
[45] Als Deutsches Komitee der Kämpfer für den Frieden am 10. 5. 1949 gegründet.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Krieg. Falls man in Deutschland eine breitangelegte Friedenskampagne entfalten kann, dann gibt die Bewegung des deutschen Volkes für den Frieden den Amerikanern nicht die Möglichkeit, Westdeutschland in die Konfrontation mit Ostdeutschland zu bringen. Vor den Deutschen liegen jetzt zwei Wege: Frieden oder Krieg. Die Amerikaner versuchen Deutschland in einen Krieg hineinzuziehen, indem sie versuchen, die Lage so darzustellen, als ob dies der einzige Weg zur Wiederherstellung eines starken Deutschland ist. Die Friedenskampagne zeigt, dass der Weg des Krieges zur Zerstörung Deutschlands führt, und dass der einzige Weg zur Wiederherstellung eines starken Deutschland der Frieden und die Zusammenarbeit mit den friedliebenden Völkern ist. Wenn die gesamte deutsche Bevölkerung in die Kampagne für den Kampf um den Frieden einbezogen wird, dann werden alle Pläne der USA, Deutschland in einen Krieg zu verwickeln, zunichte gemacht werden.

Grotewohl geht zur Charakterisierung der Lage in Westdeutschland über. Er spricht davon, dass die Bonner Regierung ein Diener der deutschen und ausländischen Imperialisten ist. Die Gegensätze, die im Lager der bürgerlichen Parteien Westdeutschlands bestehen, sind nicht tief. Denn diese Parteien unterstützen die Aufteilung Deutschlands, sprechen sich gegen die Nationale Front des demokratischen Deutschland aus und fordern Terror gegen die Kommunistische Partei. Die westdeutsche Arbeiterbewegung ist organisatorisch gespalten und deshalb schwach. Die Erfahrung Ostdeutschlands zeigt, dass die Arbeiterklasse gegenwärtig die Hauptkraft des nationalen Widerstandes des deutschen Volkes ist. Sie ist nicht nur der Initiator der nationalen Befreiungsbewegung, sondern auch die bedeutendste Organisationskraft der Nationalen Front. Doch der Einfluß der Arbeiterklasse in den verschiedenen Teilen Deutschlands hängt vom Grad der Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse ab. Die Schwäche der Nationalen Front in Westdeutschland beruht darauf, dass es der verräterischen Führung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie bisher ungeachtet des guten Beginns und der Bildung einiger gemeinsamer Aktionskomitees – z. B. gegen die Demontagen – gelingt, mit [Hilfe] einer Scheinopposition und unter Ausnutzung des Machtapparats die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse zu verhindern. Das heißt nicht, dass es keine Voraussetzungen für die Entfaltung der Nationalen Front in der Zukunft gibt. Die Frage ist, wie man diese Schichten gewinnen kann. Die Möglichkeiten zur Organisierung von Reisen politischer Vertreter der DDR nach Westdeutschland werden geringer. Der Einfluss der Kommunistischen Partei in Westdeutschland ist schwach.

Gen. Molotow bemerkt, dass man nicht nur über die Partei vorgehen darf.

Grotewohl betont, dass die Kommunistische Partei ein sicherer Stützpunkt ist, auf den man sich verlassen kann. Allerdings ist die Situation in der KPD schlecht. Die Partei macht große ideologische Schwierigkeiten durch. Die Führung der SED bemüht sich, der Kommunistischen Partei Westdeutschlands zu helfen, doch letztere findet nicht die rechte Sprache für die Massen. Zusätzliche Schwierigkeiten haben sich daraus ergeben, dass infolge der Einführung der neuen Vertei-

Jahrgang 51 (2003), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lung der Radiowellen aufgrund des Kopenhagener Abkommens, die Rundfunkstationen der DDR der Möglichkeit der Ausstrahlung nach Westdeutschland beraubt sind.

Gen. Stalin fragt: [„]Worin bestehen diese Schwierigkeiten? Stören die Amerikaner?["]

Oelßner antwortet, dass die Radiowellen, die der DDR nach dem Kopenhagener Abkommen[46] zugeteilt worden sind, für die Ausstrahlung nach Westdeutschland nicht ausreichen. Die Amerikaner verletzen das Kopenhagener Abkommen und haben die Herrschaft im Äther an sich gerissen. Die Regierung der DDR muss sich an das Kopenhagener Abkommen halten und befindet sich deshalb in einer schlechten Lage.

Gen. Molotow bemerkt, dass man infolge des Verhaltens der Amerikaner offenbar das Kopenhagener Abkommen verletzen muß.

Grotewohl äußert die Bitte, der DDR zwei neue Wellenlängen zur Verfügung zu stellen.

Gen. Stalin sagt, dass diese Sache schnell geregelt werden kann.

Grotewohl betont, dass dies für die DDR eine sehr wichtige Frage ist.

Grotewohl spricht über die Notwendigkeit, engere Beziehungen zwischen den Arbeitern und Bauern der DDR und Westdeutschlands entwickeln – u.a. durch die Herstellung von Beziehungen zwischen einzelnen Städten und Betrieben, durch den Austausch von Delegationen, und durch die Einladung von Gewerkschaftsvertretern und Arbeitern einzelner Betriebe usw. aus Westdeutschland in die DDR.

Gen. Molotow weist auf die Notwendigkeit hin, die Jugend einzubeziehen, und betont, dass es sehr große unausgeschöpfte Möglichkeiten zur Entwicklung einer breitangelegten Bewegung für die Einheit des demokratischen Deutschland gibt.

Grotewohl spricht über die Entwicklung des Handels der DDR mit Westdeutschland als eines der Mittel zur Aufrechterhaltung wirtschaftlicher Beziehungen. Die westdeutschen Industriellen wollen gern mit der DDR Handel treiben. Der bedeutende westdeutsche Monopolist Zangen[47] erklärte z.B. folgendes: „Wir wissen natürlich, dass Sie in einigen Jahren mit uns Schluss machen werden, doch so lange wollen wir [noch] mit Ihnen Handel treiben." Die westdeutschen Industriellen haben vor, trotz der Behinderungen seitens der Amerikaner mit der DDR Handelsvereinbarungen abzuschließen.

Gen. Berija fragt, ob die Amerikaner davon wissen.

---

[46] Die europäische Wellenlängenkonferenz der International Telecommunications Union von 1948 in Kopenhagen hatte in einem Abkommen, das am 15. 3. 1950 in Kraft getreten war, die Wellenlängen für die europäischen Länder neu verteilt. Deutschland, vertreten durch die Alliierten, waren dabei erheblich weniger Frequenzen zugeteilt worden als vor dem Krieg.

[47] Wilhelm Zangen, 1891–1971, Generaldirektor der Mannesmann AG.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gen. Stalin bemerkt: [„]Nein, nicht unbedingt.["]

Oelßner bestätigt, dass die Amerikaner die Ausweitung des Handels zwischen Westdeutschland und der DDR nicht wünschen, dass aber die westdeutschen Industriellen Wege [dazu] suchen.

Gen. Stalin bemerkt, dass die Menschen, wenn sie wollen, auch einen Weg finden.

Grotewohl spricht über den Niedergang der Kultur in Westdeutschland im Unterschied zur Lage in der DDR, wo man energische Maßnahmen zur Bewahrung und Weiterentwicklung der deutschen Nationalkultur ergreift.

Gen. Molotow bemerkt, dass man diesen Bereich mit Rücksicht auf seine große nationale Bedeutung entwickeln muß.

Grotewohl unterstreicht die große historische Bedeutung des Beschlusses der Deutschen Wirtschaftskommission zur Bewahrung und Entwicklung der deutschen nationalen Kultur, Wissenschaft und Kunst. Dieser Beschluss hat auch in Westdeutschland sehr großen Einfluß ausgeübt. Weiter spricht Grotewohl über die Demontage von Industriebetrieben in Westdeutschland.

Gen. Stalin fragt, wohin sie die demontierte Ausrüstung transportieren.

Oelßner antwortet, dass ein beträchtlicher Teil der Ausrüstung vernichtet wird. So wurde z. B. eine große Werft in Hamburg gesprengt.

Gen. Stalin wirft ein: [„]Sie zerstören das einfach?["]

Oelßner antwortet bejahend und weist auf die Furcht vor der deutschen Konkurrenz hin, die bei den anglo-amerikanischen Kapitalisten herrscht.

Grotewohl spricht über die große Bedeutung der Gründung der DDR für Westdeutschland und über die letzten Gesetze, die die Regierung der DDR angenommen hat, und drückt die Überzeugung aus, dass die DDR die Überlegenheit ihres Gesellschaftssystems gegenüber Westdeutschland unter Beweis stellen wird. Eins der Hindernisse für die weitere Entwicklung der Nationalen Front in der DDR sieht Grotewohl im Fehlen einer ausreichenden Erhöhung des Lohnes für die Arbeiter.

Gen. Stalin fragt: [„]Wie hoch ist der Lohnfonds in der Republik? Wieviel Millionen Mark entfallen auf Arbeitslöhne?["]

Ulbricht zögert mit der Antwort und sagt, dass die Politik der SED darauf zielt, eine Erhöhung des Lohns durch den Übergang der Arbeiter auf Stücklohn zu erreichen. Anders, sagt Ulbricht, ist eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität nicht zu erreichen.

Gen. Stalin fragt: [„]Und wenn man den Lohn um 10% erhöhen will, wie viel Geld ist dazu nötig? Das eine schließt das andere nicht aus. Man kann sowohl den Lohn erhöhen als auch zum Stücklohn übergehen.["]

Ulbricht antwortet, dass sie 1950 den Lohn schon mehr erhöht haben, als es das Budget zulässt.

Jahrgang 51 (2003), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gen. Stalin fragt: [„]Wie das? Das Jahr 1950 hat gerade erst angefangen. Und was werden Sie verlieren, falls Sie den Lohn um 10 % erhöhen? Was wird geschehen? Eine Katastrophe?["]

Ulbricht erklärt, dass eine Lohnerhöhung eine Steigerung der Arbeitsproduktivität zur Basis haben soll. Anders ist es unmöglich die Aufgaben zur Hebung der Industrie, die im Fünfjahrplan vorgesehen ist, zu bewerkstelligen.

Gen. Stalin sagt, dass diese Überlegungen nicht richtig sind. Er, Gen. Stalin, würde raten, diese Frage noch einmal zu durchdenken. Es wird keinen Bankrott geben, wenn man den Lohn der Arbeiter in den Volkseigenen Betrieben um 10–15 Prozent erhöht. Den geringer verdienenden Arbeitern sollte man den Lohn um 15 % erhöhen und den besser verdienenden um 10 %.

Ulbricht sagt, dass beabsichtigt war, eine gewisse Erhöhung der Arbeitslöhne nach den Wahlen in Verbindung mit der Abschaffung des Kartensystems durchzuführen. Vielleicht könnte man aber auch die Erhöhung der Löhne vor den Wahlen durchführen.

Gen. Stalin sagt, dass man vor der Erhöhung der Löhne keine Angst haben muß. Natürlich wird es anfangs gewisse Schwierigkeiten geben, aber in einem Jahr werden Sie selbst sehen, dass die Arbeiter besser arbeiten und dass die Erhöhung des Arbeitslohnes einen großen Produktionseffekt erzeugt.

Gen. Mikojan bemerkt, dass ein solcher Schritt sowohl politisch als auch wirtschaftlich richtig wäre.

Gen. Stalin rät, über diese Frage [noch einmal] nachzudenken. Er, Gen. Stalin, hütet sich, es direkt vorzuschlagen, denkt aber trotzdem, dass eine Erhöhung des Lohnes, und sei es auch [nur] um durchschnittlich 10 %, richtig wäre[48].

Gen. Stalin sagt, dass er hier den Vortrag des Gen. Grotewohl gehört hat. Grotewohl hat die Stimmungen und das Kräfteverhältnis in Westdeutschland analysiert. Er, Gen. Stalin, denkt, dass es um die Sache dort besser stehen muß, als dies aus dem Vortrag Grotewohls hervorgeht. Grotewohl urteilt doch auf der Basis der Einstellung einzelner Organisationen – von Parteien und Gewerkschaften und der Presse. Wenn man das Kräfteverhältnis nach der Einstellung von Organisationen beurteilen will, seien dies Parteien oder andere Organisationen, dann ist das Bild, das Grotewohl hier gezeichnet hat, vielleicht richtig. Doch nur nach der Einstellung von Organisationen darf man die Stimmung eines Volkes nicht beurteilen. Er, Gen. Stalin, könnte darüber berichten, was es in der Geschichte der bolschewistischen Partei vor der Revolution gegeben hat. Alle Organisationen waren scharf gegen die Bolschewiki eingestellt. Es entstand der Eindruck, dass es für die Bolschewiki keinen Hoffnungsschimmer gab. Doch man musste hinunter gehen und sich zu den Massen hinab begeben, und da zeigte sich, dass dort alles brodelte. Die Führer der anderen Parteien und Organisationen, die davon sprachen, dass der Kampf unnötig sei, waren faktisch vom Volk isoliert. Man musste

[48] Am 3. 9. 1950 verfügte die DDR-Regierung eine Lohnerhöhung um mindestens 8 Prozent.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ihnen einen Funken Hoffnung geben, und [schon] sah alles anders aus. So fielen bei uns die Führer der größten Organisationen. So traf sie völlig unerwartet die Katastrophe, weil sie den Kontakt zu den Massen und zu den Bedürfnissen des Volkes verloren hatten. Ich glaube, sagt Gen. Stalin, dass die Einstellung der Volksmassen in Westdeutschland anders sein muß, als dies durch die westdeutschen Gewerkschafts- und Parteiorganisationen zum Ausdruck kommt. Warum? Weil alles Handeln der Amerikaner in diese Richtung geht: eine lange Besetzung, die Vereitelung eines Friedensvertrages, Demontagen und Massenarbeitslosigkeit. Die Arbeiter und ihre Familien lässt man ohne Mittel für den Lebensunterhalt. Ohne es zu wollen, sind es die Amerikaner und Engländer selbst, die das deutsche Volk im Widerstand unterrichten.

Sie möchten, dass sich alles jetzt radikal ändert und dass alle sich zum Aufstand erheben? Das wird es nicht geben. Die Bevölkerung Westdeutschlands fürchtet sich vor den Amerikanern. Das muss man berücksichtigen. Doch die Bevölkerung fängt an aufzuwachen. Gen. Stalin sagt, dass er den westdeutschen Kommunisten den Rat geben würde, ihre innere Organisationsarbeit fortzusetzen; Verbindung mit den einfachen Menschen zu halten und sie zu festigen; weniger schreien, mehr erklären. Das Volk hätte sich vielleicht schon erhoben, aber es fürchtet sich, schweigt, doch manchmal ist dieses geduldige Schweigen des Volkes gefährlicher als offene Demonstrationen. Deshalb darf man nicht alles nur so betrachten, wie es aus den Reden der Politiker hervorgeht. Man muss das sehen, was man mit bloßem Auge nicht sehen kann. Im Volk besteht und verstärkt sich der Hass auf die Imperialisten, die man in Westdeutschland jetzt eher als Besatzer, denn als Imperialisten ansieht. Deshalb sind die Perspektiven in Westdeutschland besser, als es im Referat von Grotewohl gesagt worden ist. Gen. Stalin denkt, dass sich das unweigerlich zeigen wird. Das ist kein Vorwurf an Grotewohl. Er, Gen. Stalin, möchte, dass unsere Genossen in Deutschland nicht nur das berücksichtigen, was man sehen kann, sondern auch das, was unsichtbar ist, aber unter der Oberfläche vorhanden ist.

Gen. Stalin fragt: [„]Vielleicht schließen wir hiermit ab?["] Er möchte gern fragen, wie man die Veröffentlichung der Entscheidung über die Reparationen handhaben soll.

Ulbricht fragt, ob nicht der 3. Parteitag der SED sich mit der Bitte an die sowjetische Regierung wenden könnte, die Reparationszahlungen herabzusetzen, ohne Zahlen zu nennen, und darauf antwortet dann die sowjetische Regierung. Den politischen Effekt muss man zum Teil auf das Konto der SED verbuchen.

Gen. Stalin fragt, ob es [noch] andere Vorschläge gibt und ob diese Vorgehensweise Beifall findet.

Gen. Molotow äußert den Vorschlag, dass die SED sich an die Regierung der DDR wendet und die Regierung der DDR ihrerseits an die sowjetische Regierung.

Gen. Stalin fragt die deutschen Genossen, was sie dazu sagen.

Jahrgang 51 (2003), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ulbricht stimmt dem Vorschlag des Gen. Molotow zu und fasst zusammen, dass der Parteitag sich an die Regierung der DDR wenden wird und letztere an Moskau.

Gen. Semenov bemerkt, dass man mit der Veröffentlichung nicht bis zum Parteitag warten sollte.

Gen. Stalin sagt, dass man die Entscheidung jetzt veröffentlichen muss. Anderenfalls sickern Gerüchte durch und die Bevölkerung erfährt von dieser Entscheidung aus dritter Hand. Die Kraft des politischen Schlages wird verringert. Es muss so sein, dass die Bevölkerung davon nicht durch Gerüchte, sondern durch die Regierung erfährt.

Gen. Stalin schließt [mit den Worten], dass wir das Ansuchen der deutschen Regierung über die Herabsetzung der Reparationen erwarten. Je schneller das geschieht, desto besser[49].

Gen. Molotow schlägt vor, die Frage der Kriegsgefangenen zu erörtern. Die Repatriierung der deutschen Kriegsgefangenen ist abgeschlossen. Morgen wird eine Mitteilung von TASS darüber veröffentlicht. Es wäre zu wünschen, dass der Text der Mitteilung angesehen und dass auch über das Problem Paulus entschieden wird.

Gen. Stalin stimmt zu.

Oelßner übersetzt den Text des TASS-Kommuniqués über den Abschluss der Repatriierung der deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion ins Deutsche.

Pieck und Grotewohl drücken ihre Zustimmung zum Text des Kommuniqués aus[50].

Gen. Molotow sagt, dass in der Zahl der Repatriierten Paulus und seine drei Begleitpersonen nicht enthalten sind. Sie sind in der Zahl unter der Rubrik der zu repatriierenden Kranken enthalten[51]. Wir wünschten die Ansicht der SED zur Repatriierung von Paulus zu erfahren.

Pieck antwortet, dass es dazu bereits einen Beschluss des Politbüros des Parteivorstands der SED gibt und dass die Partei keine Einwände gegen die Repatriierung von Paulus in die DDR hat.

---

[49] Am 11. 5. 1950 wandte sich Grotewohl mit einer Bitte um Herabsetzung der Reparationen an den Ministerratsvorsitzenden der UdSSR I. V. Stalin. Dieser reagierte am 15. Mai mit einer Antwort, die den oben genannten Bedingungen entsprach. Grotewohl dankte dann in einer Sitzung der Volkskammer vom 17. Mai.

[50] Das TASS-Kommuniqué wurde tatsächlich am 5. 5. 1950 veröffentlicht.

[51] Es hieß in dem Kommuniqué, dass sich nach Abschluss der Repatriierung in der Sowjetunion weiterhin befänden: 9717 verurteilte Kriegsverbrecher, 3815 Angeklagte, deren Verfahren noch nicht abgeschossen sei, und 14 Kranke, die nach der Genesung repatriiert werden würden.

Vf Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gen. Stalin fragt: [„]Wird Paulus gebraucht oder nicht?["] Gen. Stalin bemerkt, dass sie ihn ohne Zustimmung der Führung der SED nicht hinauslassen wollen. Hier wendet sich Gen. Stalin an den Gen. Tschuikow mit der Frage: [„]Wie ist es mit Ihrem Freund Paulus? Nehmen Sie ihn in Empfang?["] Gen. Tschuikow antwortet: Man muss, Gen. Stalin.

Gen. Stalin fragt, ob es unter dem Aspekt der internationalen Lage passend ist, Paulus hinauszulassen.

Pieck sagt, dass Paulus kaum in den Westen gehen wird. Dort verhaften ihn die Amerikaner.

Gen. Molotow bemerkt, dass Paulus den Wunsch geäußert hat, in die DDR repatriiert zu werden.

Pieck sagt, dass er nichts dagegen hat.

Gen. Stalin fragt: [„]Ist er Ihnen nützlich für die Arbeit?["]

Ulbricht sagt, dass Paulus eine unbedeutende Stelle im Staatsdienst gegeben wird, damit er sich zeigen kann. Einen bedeutenden Posten wird man ihm nicht geben.

Gen. Stalin fragt: [„]Vielleicht sollen wir Ihnen ein Treffen mit Paulus organisieren, solange Sie hier sind?["]

Ulbricht und Pieck antworten, dass das nicht nötig ist und dass es besser ist, wenn sie sich mit Paulus in Deutschland treffen.

Gen. Stalin nimmt das zur Kenntnis und fragt: [„]Und wenn er flieht?" Vielleicht ist es besser, ihn vorläufig bei uns zu lassen?["]

Pieck sagt, dass er der DDR nicht schaden kann.

Ulbricht sagt, dass die anderen repatriierten Generäle auch nicht geschadet haben.

Gen. Stalin fragt, ob alle übrigen deutschen Generäle [ebenfalls] repatriiert werden, insbesondere Seydlitz.

Gen. Molotow antwortet, dass fast alle repatriiert werden, doch Seydlitz wird vor Gericht gestellt[52]. Er ist der Sowjetunion gegenüber äußerst feindlich eingestellt.

Gen. Stalin sagt, dass Seydlitz gefährlich ist. Er hat Schukow (Žukov) und Timoschenko (Timošenko) zu Dummen gemacht und seine eingekesselte Armee aus Demjansk herausgeführt. Das ist ein Feind mit Verstand und ein großer Spitzbube.

[52] General der Artillerie Walther von Seydlitz-Kurzbach, ehemals Präsident des „Bundes deutscher Offiziere" in der Sowjetunion und 1944 in Deutschland in Abwesenheit zum Tode verurteilt, wurde am 8. 7. 1950 in Moskau zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt. Nach den Vereinbarungen Bundeskanzler Adenauers in Moskau wurde er am 4. 10. 1955 im Zuge der Repatriierung der restlichen noch zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen nach Deutschland entlassen.

Jahrgang 51 (2003), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gen. Stalin fragt: „Vielleicht soll man ein paar Monate mit der Repatriierung Paulus' warten und dann entscheiden?"

Gen. Berija sagt, dass man Paulus natürlich in der UdSSR lassen muss.

Gen. Malenkow bemerkt, dass Paulus vor der Repatriierung ein Dokument für die Regierung der DDR schreiben muss, eine Art Verpflichtung. Ohne Verpflichtung darf man ihn nicht hinauslassen.

Gen. Stalin bemerkt, dass die deutschen Kriegsgefangenen repatriiert werden, doch Paulus ist kein gewöhnlicher Gefangener. Hier geht es um eine besondere Frage. Man soll noch etwas warten, und es ist besser, wenn Paulus später eine Verpflichtung schreibt[53].

Gen. Stalin gibt zu verstehen, dass man das Gespräch [darüber] beenden kann.

Pieck sagt, dass sie sich noch über die Frage der Oktoberwahlen beraten wollen.

Gen. Stalin ist einverstanden.

Pieck spricht über die politische Bedeutung der bevorstehenden Wahlen in der DDR. Es geht um sehr große Wahlen. Sie werden für die Verwaltungsorgane der Gemeinden, Kreise und Länder und für die Volkskammer der DDR gleichzeitig durchgeführt. Insgesamt werden für die Wahlen ungefähr 500.000 Kandidaten aufgestellt. Die SED stellt als Partei 102.000 Kandidaten auf. Die politischen Losungen für die Wahlen gehen aus der Plattform der Nationalen Front hervor. Es sind Frieden, Einheit, Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung, Hebung von Industrie, Landwirtschaft, Handwerk und Kultur. Die Westmächte haben die große Bedeutung der Wahlen in der DDR registriert. Der amerikanische Hohe Kommissar McCloy[54] hat die demagogische Losung verkündet: „Freie Wahlen in ganz Deutschland". Die SED hat geantwortet: „Freie Wahlen in einem freien Land", und hat auf die Unmöglichkeit hingewiesen, in Westdeutschland freie Wahlen durchzuführen. In der Vorbereitung der Wahlen hat die SED schon Erklärungen aller Parteien der DDR über ein einheitliches Wahlprogramm sowie die Zustimmung der Führer aller Parteien zur Aufstellung von Einheitslisten für die Wahlen erreicht.

Gen. Stalin fragt: [„]Ist das irgendwo veröffentlicht worden?["]

Pieck antwortet verneinend und verweist darauf, dass die bürgerlichen Parteien mit der Veröffentlichung des Abkommens über die Einheitslisten [noch] abwarten wollten. Sie begründeten das damit, dass die vorzeitige Veröffentlichung dieses Abkommens in Westdeutschland ausgenutzt werden würde, den Vorwurf der Durchführung gelenkter Wahlen zu erheben. Das Abkommen über die Einheitslisten wird [noch] im Mai veröffentlicht werden[55].

---

[53] Generalfeldmarschall Friedrich Paulus blieb unverurteilt bis Juni 1953 in der Sowjetunion und wurde dann im Zuge einer größeren Entlassungsaktion in die DDR repatriiert, wo er keine offizielle Stellung mehr bekleidete und in Dresden lebte. Dort starb er am 1. 2. 1957.

[54] John Jay McCloy, 1949–1952 Militärgouverneur und Hoher Kommissar in Deutschland.

[55] Der Beschluss über die Einheitslisten wurde am 16. 5. 1950 veröffentlicht.

Vf Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gen. Stalin interessiert sich für das Verhältnis der Kräfte auf den Listen: [„]Werden die Kommunisten die Mehrheit haben?["]

Pieck erläutert die Vorschläge der SED zu dieser Frage. Danach erhalten die bürgerlichen Parteien (CDU und LDP) insgesamt 24 % der Deputiertenmandate, die SED 22 % und die neuen Parteien[56], die Gewerkschaften[57], der Jugendbund[58], der Frauenbund[59], der Kulturbund[60] und andere Organisationen[61] erhalten zusammen 54 %[62].

Gen. Stalin fragt, gibt es eine Garantie dafür, dass diese anderen Vertreter mit der SED zusammengehen?

Pieck bejaht die Frage und verweist darauf, dass darunter viele SED-Mitglieder sind.

Ulbricht bemerkt, dass dies nicht überall so ist.

Pieck sagt, dass das größte Problem darin besteht, die Bevölkerung dazu zu bringen, an der Wahl teilzunehmen. Im Mai 1949 hat die Partei Erfahrungen mit der Durchführung der Wahlen zum Volkskongress mit Einheitslisten gemacht. Die bürgerlichen Parteien haben damals dazu aufgerufen, nicht an den Wahlen teilzunehmen oder gegen die Listen zu stimmen. Die SED war auf die Wahlen schlecht vorbereitet. Das Ergebnis war, dass man für die Kandidaten auf den Einheitslisten [nur] 66 % der Stimmen erhielt. Diesmal wird man sich gründlicher auf die Wahlen vorbereiten, und man kann mit einem anderen Ergebnis rechnen. Die SED wird versuchen, 80-85 % der Wählerstimmen für die Einheitslisten zu erhalten.

Gen. Stalin bemerkt, dass das z. B. im Vergleich zu den letzten amerikanischen Präsidentschaftswahlen ein schönes Ergebnis wäre. In den USA haben nur 56 % der Wähler die Stimme für Truman abgegeben, und Truman erhielt nicht die absolute Mehrheit.

Pieck berichtet über den demagogischen Vorschlag der westlichen Besatzungsmächte, in Berlin allgemeine Wahlen durchzuführen. Er drückt Zustimmung zu den Vorschlägen der SKK aus, wonach den westlichen Stadtkommandanten von Berlin zur Durchführung von Gesamtberliner Wahlen vorgeschlagen wird, den Status und die Verfassung Berlins von 1946 wieder einzuführen, die Einteilung

[56] Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD), Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD).
[57] Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB).
[58] Freie Deutsche Jugend (FDJ).
[59] Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD).
[60] Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands (KB).
[61] Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, Konsumgenossenschaften, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN).
[62] Am 7. 7. 1950 wurde mitgeteilt, dass für die Mandatsverteilung auf der Einheitsliste für die Wahlen vom 15. 10. 1950 derselbe Schlüssel verwendet werden sollte wie für die Wahlen zum 3. Volkskongreß: SED 25, CDU und LDP je 15 Prozent. Dem entsprach die tatsächliche Sitzverteilung in der Volkskammer.

Jahrgang 51 (2003), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Stadt in vier Sektoren aufzuheben und die Besatzungstruppen aus Berlin abzuziehen[63].

Gen. Stalin bemerkt, das werden die Amerikaner offensichtlich nicht akzeptieren.

Pieck bestätigt das.

Gen. Stalin lacht und bemerkt, dass die Mitarbeiter der SKK gelernt haben, geschickt auf die Briefe der westlichen Besatzungsmächte zu antworten.
Weiter spricht Pieck über die fortgesetzte Stärkung der SED und über die Tagesordnung des dritten Parteitages. Pieck hebt einen gewissen Erfolg in der Arbeit der Organisationen der SED hinsichtlich des Studiums der Geschichte der KPdSU(B) und auch der Werke von Marx, Lenin und Stalin hervor.

Gen. Stalin lacht und sagt, dass Engels ausgelassen worden ist, und fragt: [„]Wollen Sie Engels nicht studieren?["]

Pieck beruft sich auf einen Fehler in der Übersetzung. Er sagt, dass der dritte Parteitag der SED viele Fehler, die in der Parteiarbeit existieren, aufdecken und beheben, zugleich aber auch die Ergebnisse der positiven Arbeit zusammenfassen soll.

Gen. Stalin fragt Pieck: [„]Kommen neue Leute in der Führung der Partei zum Vorschein? Sind sie aus irgendeinem Grunde nicht sichtbar? Sie selbst sind an die Führung gelangt und lassen niemand anderen heran.["]

Pieck sagt, dass es neue Leute gibt und dass sie bald nach vorn kommen.

Gen. Stalin weist darauf hin, dass neue Leute heranwachsen müssen. Sie wachsen [auch]. Aber sie müssen ihnen [auch] Platz in der Führung einräumen.

Pieck weist auf die Tatsache der Abschaffung der Parität bei der Wiederbesetzung von Posten in der Partei hin. Einer der ernsthaften Fehler in der Arbeit der SED ist die schwache Erziehungsarbeit in den Massen, insbesondere unter den Mitgliedern der Gewerkschaften. Zur Festigung der Reihen der SED ist im Januar 1951 eine Überprüfung der Parteibücher vorgesehen.

Gen. Stalin erwidert, dass dies eine Säuberung wird, eine verdeckte Säuberung.

Pieck sagt, dass für den Parteitag der Entwurf eines neuen Parteistatuts der SED vorbereitet wird, das dem Parteistatut der KPdSU(B) angeglichen ist.

Gen. Stalin bemerkt, dass wir dieses Statut für veraltet halten. Sobald der Parteitag der KPdSU(B) zusammentritt, wird das Statut geändert, ebenso das Programm der KPdSU(B). Es ist nicht nötig, sich so sehr am Statut der KPdSU zu

[63] Die (West-) Berliner Stadtverordnetenversammlung hatte am 20. 4. 1950 Gesamtberliner Wahlen nach der vom Alliierten Kontrollrat am 9. 8. 1946 genehmigten Wahlordnung für Berlin und der am 23. 4. 1948 von der Stadtverordnetenversammlung gegen die Stimmen der SED verabschiedeten Verfassung für Groß-Berlin beschlossen. Die westlichen Stadtkommandanten hatten diesen Vorschlag am selben Tag befürwortend an den sowjetischen Stadtkommandanten weitergeleitet. Pieck bezieht sich hier auf die offizielle Antwort des Stellvertretenden Stadtkommandanten Oberst Elizarov, die erst am 8. Mai erfolgte.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

orientieren. Die eigene Erfahrung muss berücksichtigt werden. Das ist besser, das ist die Hauptsache.

Pieck sagt, dass das Dokument über die Grundsätze und Ziele der SED und das Parteistatut der SED ebenfalls veraltet sind und geändert werden müssen. Im neuen Statut der SED ist [z. B.] das Institut der Kandidaten der SED vorgesehen.

Gen. Stalin sagt, dass dies richtig ist.

Pieck sagt, dass gemäß dem Entwurf des Parteistatuts der Parteitag ein Zentralkomitee der SED und eine Revisionskommission wählen wird.

Gen. Stalin fragt: [„]Wird [auch] eine Kontrollkommission gewählt?["]

Pieck bejaht das und spricht darüber, dass das ZK eine Kontrollkommission wählen wird.

Gen. Stalin sagt, dass man das unbedingt machen muss.

Pieck sagt, dass der Parteitag der SED die beiden Vorsitzenden und den Generalsekretär des ZK wählen wird.

Gen. Malenkow fragt: [„]Der Parteitag wählt?["]

Gen. Stalin sagt, dass dann der Generalsekretär nicht dem ZK unterstellt wird und dass das ZK nicht auf den Generalsekretär einwirken und ihn entfernen kann, falls der Generalsekretär eine falsche Linie verfolgt. Das wäre nicht richtig. Im Hinblick auf die Wahl der Vorsitzenden durch den Parteitag kann man dem deutschen Vorschlag zustimmen, doch das ZK der SED wird auch einen Generalsekretär haben. Es ist notwendig, dass das Zentralkomitee ihn im Auge behält. Der Generalsekretär muss dem ZK unterstellt sein. Das ZK muß das Recht haben, ihn nötigenfalls auswechseln zu können.

Pieck sagt, dass man es für nötig gehalten hat, auch einen Generalsekretär des ZK zu wählen, der sich speziell mit der Parteiarbeit befasst, weil die beiden jetzigen Vorsitzenden hohe Staatsämter innehaben.

Gen. Stalin sagt: [„]Gut, so ist es. Aber ist es richtig, dass der Generalsekretär nicht dem ZK unterstellt wird?["] Er, Stalin, ist Generalsekretär des ZK, doch er ist dem ZK unterstellt.

Gen. Molotow schlägt vor, dass der Generalsekretär des ZK der SED vom Zentralkomitee der SED gewählt wird.

Gen. Stalin betont, dass es anderenfalls in der Partei zwei Zentren gibt. Ein Zentrum ist das ZK, das andere ist der Generalsekretär. Falls es einen Konflikt zwischen ihnen gibt, dann kann der Generalsekretär, gestützt auf die durch den Parteitag verliehene besondere Vollmacht, sich weigern, sich einer Entscheidung des ZK zu fügen. Das kann man nicht zulassen. Es muß so sein, dass das ZK für den Fall, dass der Generalsekretär beginnt, eine andere Linie als die Partei zu verfolgen, den Generalsekretär absetzen und einen anderen wählen kann. Deshalb

Jahrgang 51 (2003), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

muss der Generalsekretär vom ZK gewählt werden. Was hingegen die Wahl der Vorsitzenden betrifft, so mag sie erfolgen, wie Sie es wollen[64].

Pieck sagt, dass beabsichtigt ist, 80 Mitglieder und 30 Kandidaten ins ZK zu wählen.

Gen. Stalin bemerkt, dass das sehr viele sind.

Pieck sagt, dass es [auch] möglich wäre, 60 Mitglieder und 30 Kandidaten zu wählen.

Gen. Stalin sagt, dass 50 genügen.

Ulbricht schlägt vor, 50 Mitglieder und 25 Kandidaten zu wählen.

Gen. Stalin sagt, dass man 50 Mitglieder und 30 Kandidaten wählen kann. Wir wollen, bemerkt Gen. Stalin, ebenfalls die Zahl der Mitglieder des ZK der KPdSU(B) verringern[65].

Pieck sagt, dass in das Politbüro des ZK der SED 9 Mitglieder und 4 Kandidaten gewählt werden sollen. An Personen [werden] zu Mitgliedern des Politbüros [vorgeschlagen]: W. Pieck, O. Grotewohl, W. Ulbricht, F. Dahlem, P. Merker, F. Ebert, F. Oelßner, Edith Baumann, W[66]. Zaisser; zu Kandidaten des Politbüros: A. Ackermann, H[67]. Rau, E. Honecker, H. Jendretzky[68].

Gen. Stalin fragt, wie Ackermann arbeitet.

Pieck antwortet, dass er Stellvertretender Außenminister ist.

Gen. Stalin fragt, wo Sobottka gegenwärtig arbeitet.

Pieck antwortet, dass er im Bergbau arbeitet.

Gen. Malenkow fragt, ob es vorgesehen ist, die Mitglieder der ZKK[69] aus dem Kreis der Mitglieder des ZK zu wählen, oder ob es anders sein wird.

Ulbricht sagt, dass bisher lediglich der Vorsitzende der ZKK Mitglied des ZK war.

Gen. Stalin hält eine solche Regelung auch für die Zukunft für zweckmäßig.

Pieck spricht über den ungünstigen Wechselkurs der Ostmark und der Westmark in Berlin und über die Schwierigkeiten im Hinblick auf die Abschaffung des Kartensystems in Berlin.

Gen. Stalin fragt: [„]Vielleicht sollte man sich mit der Abschaffung der Karten in Deutschland nicht beeilen? In London gibt es noch Karten, obwohl England ein

---

[64] Das vom 3. Parteitag der SED verabschiedete neue Parteistatut sah die Wahl des Generalsekretärs durch das ZK vor.
[65] Der 3. Parteitag der SED wählte 51 Mitglieder und 30 Kandidaten des ZK.
[66] Im Text: G.
[67] Im Text: O.
[68] In das Politbüro wurden tatsächlich gewählt: Pieck, Grotewohl, Ulbricht, Dahlem, Rau, Ebert, Zaisser, Oelßner, Matern (Mitglieder) und Ackermann, Herrnstadt, Honecker, Elli Schmidt, Mückenberger, Jendretzky (Kandidaten).
[69] Zentrale Partei-Kontrollkommission.

Jahrgang 51 (2003), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Vf. Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Siegerland ist. Vielleicht sollte man sich nicht beeilen, Waren ansammeln und dann die Karten bei einem niedrigen Preisniveau abschaffen.["]

Grotewohl spricht darüber, dass sie in einer Regierungserklärung die Abschaffung der Karten schon versprochen haben. Dennoch kann man die Abschaffung der Karten noch ein wenig hinauszögern.

Gen. Stalin sagt, dass es eine andere Sache ist, wenn sie schon das Versprechen gegeben haben.

Gen. Berija bemerkt, dass man die Karten allem Anschein nach in Berlin bestehen lassen müsste, falls man sie in der DDR abschafft, damit die Einwohner West-Berlins nicht die Mangelwaren aufkaufen.

Gen. Stalin bemerkt, dass es vielleicht besser wäre, so zu verfahren, weil in Berlin besondere Bedingungen herrschen.

Grotewohl fragt um Rat, wann sie aus Moskau nach Berlin abreisen sollen.

Gen. Stalin antwortet: [„]Wann Sie wollen. Bleiben Sie, seien Sie Gäste, wir haben keine Angst vor Gästen. Doch wenn Sie nicht können – dann kann man nichts machen.["]

Grotewohl sagt, dass sie fahren müssen.

Gen. Stalin bemerkt, dass das richtig ist, und bittet darum, den Brief zu den Reparationen möglichst schnell zu schicken.

Ulbricht sagt, dass er eine Frage hat, die das Parteistatut betrifft. Der Entwurf des neuen Statuts der SED ist [zwar] unter Berücksichtigung der Erfahrung der KPdSU(B) ausgearbeitet worden. Aber falls der Gen. Malenkow neue Direktiven im Zusammenhang mit dem Entwurf des neuen Parteistatuts der KPdSU(B) hat, dann könnten sie vielleicht auch im Entwurf des Statuts der SED berücksichtigt werden.

Gen. Malenkow sagt, dass er zu dieser Frage keinen neuen Direktiven hat und dass der Gen. Stalin über die Änderung des Parteistatuts der KPdSU(B) gesprochen hat.

Ulbricht bittet um die Möglichkeit, diese Direktiven kennenzulernen.

Gen. Stalin sagt, dass man immer mit irgendjemandem sprechen kann – mit dem Gen. Malenkow oder mit dem Gen. Stalin. Das ist ganz gleich.

Pieck bittet darum, dass der Gen. Malenkow sie am 5. Mai empfängt.

Gen. Malenkow stimmt zu.

Gen. Stalin verabschiedet sich von den Führern der SED.

Das Gespräch hat um 22.00 Uhr begonnen und ist um 01.15 Uhr nachts beendet worden.

Das Gespräch ist aufgezeichnet worden von [Unterschrift] (V. Semenov)

Jahrgang 51 (2003), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte